

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

UMGANG MIT ZENTRALASIATISCHEN ARBEITSMIGRANTEN IN RUSSLAND DIE WAHRNEHMUNG DER EUROPÄISCHEN UNION IN ZENTRALASIEN

■ ANALYSE		
Zwischen Legalität, Korruption und ethnorassistischem Profiling. Zum Umgang mit zentralasiatischen Arbeitsmigranten in Russland Von Bhavna Dave, London		2
■ STATISTIK		
Offizielle Angaben zur Migrationssituation in der Russischen Föderation		6
■ ANALYSE		
Dem Untergang geweiht? Die Wahrnehmung der Europäischen Union in Zentralasien im Wandel Von Zhanibek Arynov, St. Andrews		9
■ STATISTIK		
EU-Finanzhilfe für Zentralasien		13
■ UMFRAGE		
Die Haltung zur EU in Zentralasien		15
■ CHRONIK		
23. Juni – 20. Juli 2018		17
Kasachstan		17
Kirgistan		18
Tadschikistan		19
Turkmenistan		20
Usbekistan		21

Zwischen Legalität, Korruption und ethnorassistischem Profiling. Zum Umgang mit zentralasiatischen Arbeitsmigranten in Russland

Von Bhavna Dave, London

Zusammenfassung

In der Russischen Föderation – und dort vor allem in Moskau und Sankt Petersburg – leben geschätzt 11 Mio. Zuwanderer, von denen mehr als die Hälfte Arbeitsmigranten aus Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan sind. Genaue Zahlen gibt es nicht. Ihre Arbeitskraft wird zwar dringend gebraucht, doch macht der russische Staat den Zuwanderern aus Zentralasien legale Arbeit durch sich immer wieder ändernde gesetzliche Bestimmungen und hohe bürokratische Hürden für die Beschaffung einer Arbeitserlaubnis schwer. Korrupte und mit ethnischen Vorurteilen behaftete Bürokraten und Sicherheitskräfte tun ein Übriges, um vielen Migranten den Versuch der Legalisierung ihres Status zu erschweren oder sie sogar ganz davon abzuhalten.

Im Februar 2018 wies der Bürgermeister von Moskau, Sergej Sobjanin, in einem Interview darauf hin, dass in Moskau 2 Mio. Arbeitskräfte fehlen, und fügte hinzu, dass die Stadt »leider« auf Arbeitsmigranten angewiesen sei. Vermutlich ist Sobjanin der einzige Bürgermeister einer pulsierenden globalen Metropole, der bedauert, dass seine Megacity ausländische Arbeitskräfte benötigt. Zuwanderer, insbesondere aus den zentralasiatischen Staaten, bilden das dringend benötigte Arbeitskräftereservoir für gering- oder unqualifizierte Tätigkeiten und sind aus dem Leben Moskaus, wie jeder Weltstadt, nicht wegzudenken. Sie werden aber auch beschuldigt, den Einheimischen Jobs wegzunehmen, Löhne zu drücken sowie Verwahrlosung, Krankheiten, Korruption und fremde religiöse und kulturelle Praktiken einzuschleppen.

Russland ist nach den USA weltweit das Land mit den meisten Zuwanderern. Die Kategorie »Migranten« ist nicht genau definiert. Hierunter fallen ethnische Russen und Russischsprachige aus den ehemaligen Sowjetrepubliken, die auf eigene Faust oder im Rahmen des Programms zur freiwilligen Übersiedlung von Landsleuten (*sooteschestwenniki*) nach Russland kommen, Flüchtlinge und Binnenvertriebene aus diversen Konfliktzonen, Studenten sowie seit Anfang der 2000er Jahre Arbeitsmigranten aus der Ukraine, Moldawien, Aserbaidschan, Armenien, Tadschikistan, Kirgistan und Usbekistan. Das Ausmaß der Arbeitsmobilität, der unterschiedliche Rechtsstatus der einzelnen Migrantengruppen sowie die Vielzahl der für sie geltenden Vorschriften machen differenzierte Datenerhebungen unmöglich.

Nach Schätzungen sind von den 146 Mio. in Russland lebenden Menschen ca. 12 bis 15 Mio. Migranten. In Moskau sind laut der letzten Volkszählung (2010) offiziell 11,5 Mio. Einwohner registriert. In der Großregion Moskau, d. h. innerhalb des Autobahnringes, leben 17 Mio. Menschen. Damit ist Moskau die größte Stadt Europas. Von den ca. 3 Mio. Arbeitsmigranten in Russland sind schätzungsweise 26–30 % in Moskau und

Umgebung konzentriert. Sankt Petersburg, die zweitgrößte Stadt des Landes, ist nicht einmal halb so groß und seine Bevölkerung beträgt etwa ein Drittel der Einwohnerschaft der Hauptstadt. Ca. 52 % aller Migranten in Russland sind in diesen beiden Städten und den umliegenden Gebieten konzentriert. Am sichtbarsten sind die Zuwanderer aus Zentralasien – aus Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan – die zusammen ungefähr 60 % aller Migranten ausmachen.

Russlands demographische Herausforderungen

Russland zeigt zunehmend Merkmale eines Einwanderungslandes, doch in offiziellen Dokumenten und der öffentlichen Debatte wird der Begriff Einwanderung nicht verwendet, sondern die Wörter Migration und Migrant benutzt, um sowohl Binnenwanderungen (vom Land in die Stadt und von Gebieten jenseits des Ural in das europäische Russland) als auch Zuwanderung aus den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken zu erfassen. In den 2000er Jahren war es nicht ungewöhnlich, Migranten aus Zentralasien als »gastarbeitery« zu bezeichnen, was einen abfälligen Beiklang hatte. Heutzutage werden die Zentralasien meist »Arbeitsmigranten« (*trudovye migranty*) genannt.

In dem 2012 von Präsident Wladimir Putin nach ausführlichen Beratungen mit Wissenschaftlern, Interessenvertretern und anderen Akteuren abgesegneten »Migrationskonzept« wurden neue Ziele und ein strategischer Plan für die russische Migrationspolitik formuliert. Das Konzept, in dem offen gefordert wurde, dass Russland für Migranten attraktiver werden müsse, weckte Hoffnungen auf eine liberale Wende in den Migrationsgesetzen und der Migrationspolitik. Aber viele der seither verabschiedeten Gesetze und Verordnungen weichen eher von den zentralen Zielen des Konzepts ab, widersprechen ihnen teilweise sogar und machen sie zunichte.

Bei der Wahl des Moskauer Bürgermeisters im September 2013 spielte das Thema Migration eine zentrale

Rolle. Sowohl Amtsinhaber Sobjanin wie auch der Kandidat der Opposition, Aleksej Nawalny, bedienen sich nationalistischer, migrationsfeindlicher Rhetorik und versprechen den Moskauern bessere Jobmöglichkeiten und die »Säuberung« der Stadt von illegalen Migranten. Nawalny übertraf Sobjanin sogar noch in seiner Radikalität, indem er die Einführung einer Visumpflicht forderte, um die Zahl der Migranten aus Zentralasien zu beschränken.

Seit 2013 setzt die russische Migrationspolitik zunehmend auf Sanktionen. Zu diesem Zeitpunkt wurden Zusatzbestimmungen ins Verwaltungsrecht eingefügt, die Migranten, die mehr als zwei Ordnungswidrigkeiten begangen haben, die Wiedereinreise nach Russland für drei bis fünf Jahre verbieten. Das Verbot wird automatisch von der zentralen Datenbank zur Erfassung von Migranten verhängt, wenn solche »Verstöße« registriert werden. Besonders umstritten ist die rückwirkende Anwendung der Bestimmungen. Ende 2014 hatten bereits mehr als 1 Mio. Arbeitsmigranten Einreiseverbote erhalten, Anfang 2018 war ihre Zahl auf über 2 Mio. angestiegen.

Wie man »legal« wird

Aufgrund des Fehlens klarer Regeln und geeigneter Verfahren zu ihrer Umsetzung waren viele Arbeitsmigranten aus Zentralasien von 2000 bis 2010 inoffiziell tätig. Sie wurden als ungeregelt, nicht registriert oder illegal bezeichnet. Das 2010 eingeführte Arbeitspatent (*trudovoj patent*, d.i. die Arbeitserlaubnis) berechnete Zuwanderer nach Zahlung einer Vorabgebühr zu legaler Tätigkeit in Privathaushalten, aber nicht in Unternehmen. Zur Erlangung dieses Patents benötigten die Migranten zahlreiche Dokumente: einen gültigen Pass, eine Migrationskarte, eine Meldebescheinigung, notariell beglaubigte Kopien von Dokumenten mit russischen Übersetzungen, eine Krankenversicherung, beglaubigte Kopien von Fingerabdrücken, ein polizeiliches Führungszeugnis und eine Bescheinigung, dass sie weder drogenabhängig noch HIV-positiv oder mit einer ansteckenden Krankheit behaftet waren. Vermittler, die eng mit den Behörden zusammenarbeiteten, rissen den Markt zur Beschaffung der nötigen Papiere an sich und machten es Migranten sehr schwer, sich selbständig ein Patent zu besorgen. Viele in Firmen illegal beschäftigte Migranten beschafften sich eine Arbeitserlaubnis, um die Dauer ihres Aufenthalts zu verlängern und die zirkuläre Migration zu beenden, denn neue Gesetze beschränkten das Aufenthaltsrecht auf 90 Tage innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen, ihre Tätigkeit bei Unternehmen blieb dabei unverändert illegal. Viele andere Migranten arbeiteten einfach weiterhin ohne Erlaubnis.

2015 wurde die neue »einheitliche« Arbeitserlaubnis eingeführt, die den Migranten erlaubte, für einen legalen Betrieb oder ein Unternehmen zu arbeiten. Gleichzeitig

wurde das vielkritisiertere und korrupte Quotensystem für die Beschäftigung im Privatsektor abgeschafft. Zusätzlich zu den vielen oben erwähnten Dokumenten mussten Migranten nun auch einen Test über ihre Kenntnisse der russischen Sprache, Gesetze und Geschichte ablegen, um die Arbeitserlaubnis zu bekommen.

Die Bildung der Eurasischen Wirtschaftsunion (EEU) hat es für Migranten aus den Mitgliedsstaaten (Belarus, Kasachstan, Armenien und Kirgistan) seit 2015 einfacher gemacht, in Russland zu arbeiten. Bürger dieser Staaten benötigen nun weder ein Arbeitspatent noch ein Sprachzertifikat. Die weit höhere Zahl von Arbeitsmigranten aus anderen Ländern – Usbekistan, Tadschikistan und Aserbaidschan – muss weiterhin den Sprachtest absolvieren und sich der aufwendigen Prozedur zur Erlangung der Arbeitserlaubnis unterziehen. Ukrainische und moldawische Bürger sind von der Sprachprüfung befreit, nicht aber vom Arbeitspatent. Sie mischen sich jedoch meist einfach unter die Einheimischen und kommen auch ohne Erlaubnis durch.

Alle Migranten, auch die aus EEU-Staaten, müssen sich an ihrem Wohnort registrieren lassen und mit ihrem Arbeitgeber einen offiziellen Arbeitsvertrag abschließen. EEU-Bürger haben für die Registrierung 30 Tage Zeit, tadschikische Bürger inzwischen 15 Tage, alle anderen (einschließlich der Usbeken, deren Anteil an den zentralasiatischen Migranten fast 60 % ausmacht) müssen sich innerhalb von sieben Tagen anmelden. Wohnungseigentümer vermieten in der Regel nicht an Migranten aus Zentralasien oder dem Kaukasus, auch nicht, wenn sie russische Staatsbürger sind bzw. dauerhaft in Russland leben und fließend Russisch sprechen. Die am meisten verbreitete Methode, um kurzfristig eine Registrierung zu bekommen, ist inzwischen die Zahlung einer Gebühr von 20–50 US-Dollar an einen Mittelsmann oder eine der in der Stadt legal tätigen Firmen. Auch das Phänomen der »Gummiwohnungen« ist in Moskau und anderen großen russischen Städten oft zu beobachten: Vermieter oder Firmen bieten Dutzenden von Migranten gegen eine Gebühr eine fiktive Registrierung unter ihrer Adresse an. Die Beschaffung diverser Dokumente hängt davon ab, dass man einen Beleg über die Registrierung vorzeigen kann. Rund um das Problem der Meldepflicht, der Verlängerung der Anmeldung und der Beschaffung von Dokumenten, für die eine Anmeldebescheinigung vorgelegt werden muss, hat sich deshalb eine umfangreiche Schattenwirtschaft entwickelt.

Korruption und ethnorrassistisches Profiling von Migranten

Durch eine Kampagne zur Bekämpfung »illegaler Migration« und Korruption im Jahr 2014 hat das Duma-Komitee für nationale Sicherheit zunehmend Druck auf

den Föderalen Migrationsdienst (FMS) ausgeübt, »die Mittelsmänner zu liquidieren«, die durch ihre Zusammenarbeit mit dem FMS den Markt zur Beschaffung von Papieren an sich gerissen hatten. Die Moskauer Stadtverwaltung unter Bürgermeister Sobjanin arbeitete erfolgreich darauf hin, dem FMS die Kontrolle über die Registrierung, Verwaltung und steuerliche Erfassung der Migranten zu entziehen und dem neu eingerichteten, unter ihrer Zuständigkeit stehenden Multifunktionalen Migrationszentrum (MMZ) zu übertragen. Das MMZ in Moskau und später auch in anderen großen Städten soll als einzige zentrale Anlaufstelle für die Erfassung und Bearbeitung von Dokumenten dienen und alle administrativen und finanziellen Aspekte regeln, die mit der Migration verknüpft sind.

Seit das MMZ die Zuständigkeit für die Registrierung von Migranten übernommen hat, wurde die monatliche Vorauszahlung für Arbeitspatente in Moskau von 1.600 Rubel (nach dem Wechselkurs von 2010 etwa 28 US-Dollar) auf rund 4.200 Rubel (75 US-Dollar) im Jahr 2017 angehoben. Jede Stadt und jedes Gebiet hat das Recht, eigene monatliche Vorauszahlungen festzusetzen. Die Kosten für die Beschaffung aller für eine Arbeitserlaubnis notwendigen Papiere betragen in Moskau gegenwärtig im günstigsten Fall etwa 14.500 Rubel (230 US-Dollar), dazu kommt die monatliche Vorauszahlung für das Patent. Das entspricht mindestens zwei durchschnittlichen Monatslöhnen eines Migranten. Eine weitere Erhöhung wird innerhalb der nächsten zwölf Monate erwartet.

Die Vergabe von Arbeitslizenzen ist so zu einer der wichtigsten Einkommensquellen für die Stadt geworden. 2015 nahm die Moskauer Stadtverwaltung rund 10,5 Mrd. Rubel (24 Mio. US-Dollar) an Vorauszahlungen für Arbeitserlaubnisse ein, im Jahr 2016 waren es 12 Mrd. Rubel (26 Mio. US-Dollar), 2017 – 14 Mrd. Rubel (28 Mio. US-Dollar), für 2018 geht man von 16 Mrd. Rubel (30 Mio. US-Dollar) aus. Die Erlangung eines legalen Status ist für Migranten vor allem eine Frage der Zahlungsfähigkeit und der Beachtung der strengen Aufenthalts- und Beschäftigungsvorschriften. Darüber hinaus gilt es, Fehler zu vermeiden und dem Kontakt mit der Polizei zu entgehen, um Probleme oder die Ausweisung zu vermeiden.

Die gestiegenen öffentlichen Einnahmen aus den Arbeitspatenten werden zwar als Indikator für die »Legalisierung« von Migranten herangezogen, doch es gibt keine verlässlichen Angaben darüber, wieviel Prozent der Migranten solche Lizenzen erworben haben. Nach Daten des FMS von 2015 hatten nur ungefähr 3,7 Mio. von geschätzt 11 Mio. Migranten – also rund ein Drittel – eine Arbeitserlaubnis. Seitdem sind in Moskau im Durchschnitt jährlich 400.000 Patente erteilt worden,

wobei die Hälfte der Empfänger schon vorher über eine Arbeitserlaubnis verfügte. Daraus kann man schließen, dass mehr als 50 % der Migranten in Moskau immer noch ohne Arbeitspatent arbeiten.

46 % der 2017 in Moskau erteilten Arbeitserlaubnisse gingen an Usbeken, 32 % an Tadschiken, 12 % an Ukrainer, 7 % an Moldawier und 3 % an Aserbaidschaner. Die Verdreifachung der monatlichen Einkünfte aus den Vorauszahlungen für 2015 kompensierte die erwarteten Einnahmeverluste durch den Wegfall der Zahlungen kirgisischer Staatsbürger. Usbeken und Tadschiken hatten die meisten Arbeitspatente und trugen am stärksten zu diesen Steuereinnahmen bei. Der Anteil von legal arbeitenden Kirgisen war jedoch im Vergleich mit allen anderen zentralasiatischen Migranten am niedrigsten, nur 20 % von 750.000 – 1 Mio. in Russland lebenden Kirgisen hatten eine Arbeitserlaubnis.

Das komplexe und ständigen Veränderungen unterworfenen Gefüge von Gesetzen, Dienstvorschriften, Weisungen und Ausführungsverordnungen zur Steuerung der Migration hat diverse Anreize für Bürokraten und Sicherheitskräfte geschaffen, gezielt zentralasiatische Migranten unter dem Vorwand der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ins Visier zu nehmen.

Schlechte Kenntnisse der russischen Sprache wie auch ihrer Rechte machen Zuwanderer aus Zentralasien zum leichten Ziel für Schmiergelderpressung. Wenn sie die Zahlung verweigern, werden sie mit Strafzahlungen, Ausweisung oder Internierung bedroht. Viele Kirgisen wie auch manche Tadschiken, die im Rahmen erleichterter Verfahren zwischen 2008–2011 die russische Staatsbürgerschaft erlangt haben, aber auch andere eingebürgerte Migranten werden regelmäßig von der Polizei aufgegriffen, die die Echtheit ihrer Staatsbürgerschaftsnachweise in Frage stellt und ihnen für das angebliche Fehlen gültiger Meldebescheinigungen Strafen auferlegt. Ein Offizier des FMS erklärte während eines Gesprächs im August 2017: »sie [die Kirgisen] sind keine russischen Bürger« und fügte hinzu »sie sprechen nicht gut Russisch«, womit er implizierte, dass die etwa 500.000 ethnischen Kirgisen, die die russische Staatsbürgerschaft besitzen, nicht denselben Status hätten wie die Russen. Kirgisen verfügen in der Regel über bessere Russischkenntnisse als ihre Nachbarn aus Usbekistan und Tadschikistan. Viele Käsierer und Verkäufer in Supermärkten und Läden in Russland sind Kirgisen. Dennoch ist unter Sicherheitskräften und Gesetzgebern die Auffassung weit verbreitet, dass Zuwanderer aus Kirgistan schlecht Russisch sprechen.

Trägerische Legalität

Da es keine verlässlichen Zahlen gibt, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, wie viele Migranten sich legal und wie

viele sich illegal, d. h. ohne Arbeitspatent und andere Papiere, in Russland aufhalten. Der dynamische Charakter von Migrationsbewegungen und die häufigen Änderungen von Gesetzen und Verordnungen machen die Zusammenstellung von Statistiken zu einer großen logistischen Herausforderung. Zwischendurch befinden sich die Migranten auch immer wieder in einen halblegalen Status, z. B. wenn sie ihren Aufenthaltsstatus aktualisieren oder aus einer Aufenthaltskategorie in eine andere überwechseln.

Die Rechtmäßigkeit vieler Gesetze ist fraglich: Das 2013 eingeführte Wiedereinreiseverbot wurde rückwirkend angewendet und Migranten für kleine Vergehen bestraft, die sie vor der Verabschiedung des Gesetzes begangen hatten, wie z. B. die Überschreitung der Aufenthaltsdauer. Informelle Gepflogenheiten und subjektive Interpretationen der Gesetze durch Polizei und Richter haben oft Vorrang vor ihrem tatsächlichen Inhalt. Auf diese Weise ist eine Reihe von Gesetzen zur Quelle illegaler Praktiken und zur Rechtfertigung für ethnorrassistisches Profiling von Migranten geworden.

Angesichts des Fehlens verlässlicher Daten und fließender Grenzen zwischen Legalität und Illegalität neigen Politiker, Vertreter von Behörden und Medien wie auch angebliche »Experten« dazu, mit unerschütterlichem Absolutheitsanspruch ihre eigenen Statistiken über die Zahl illegaler Migranten und »Krimineller« zusammenzustellen. Die russische Menschenrechtsbeauftragte Tatjana Moskalkowa erklärte zum Beispiel, dass im Jahr 2017 8–10 Mio. illegale Migranten in Russland arbeiteten. Die meisten der als »illegal« Bezeichneten haben ihre Aufenthaltsdauer überschritten oder geringfügige Ordnungswidrigkeiten begangen.

Über die Autorin:

Bhavna Dave hat ihren Doktor in Politikwissenschaft an der Syracuse University in New York gemacht und ist derzeit Senior Lecturer für Politik in Zentralasien an der Fakultät für Politikwissenschaft und internationale Studien an der School of Oriental and African Studies (SOAS), University of London. Sie ist Autorin zahlreicher Veröffentlichungen z. B. über Sprache und ethnische Identitäten in Kasachstan und Chinas Soft Power in Zentralasien. Ihre aktuelle Forschung beschäftigt sich vor allem mit zentralasiatischer Migration in Russland und der Wirkung der chinesischen Silk Road-Initiative auf Zentralasien.

Lesetipps:

- Caress Schenk, Russia's migration landscape: New policies, new contradictions, in: Eurasianet, 25.7.2018, = <<https://eurasianet.org/s/perspectives-russias-migration-landscape-new-policies-new-contradictions>>
- Nicholas Muller, Russia: New migrant registration rules threaten tenuous livelihoods, in: Eurasianet, 17.7.2018, = <<https://eurasianet.org/s/russia-new-migrant-registration-rules-threaten-tenuous-livelihoods>>
- Daniil Kislov, Ernest Zhanaev, Russia: Xenophobia and vulnerability of migrants from Central Asia, in: The Foreign Policy Centre, 4.12.2017, = <<https://fpc.org.uk/russia-xenophobia-vulnerability-migrants-central-asia/>>
- Yan Matusevich, Russia, Xenophobia and Profiting From Migration Controls, in: Refugees Deeply, 3.8.2017, = <<https://www.newsdeeply.com/refugees/community/2017/08/03/russia-xenophobia-and-profiting-from-migration-controls>>

Bitte beachten Sie auch: Sergej Abaschin, Postsowjetische Migration aus Zentralasien nach Russland. Neue Akteure in globalen Migrationsprozessen, und die dazu gehörigen Tabellen und Grafiken in den Zentralasien-Analysen 120, Dezember 2017, = <<http://www.laender-analysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen120.pdf>>

Migrationskontrolle und die Legalisierung von Migranten sind für jeden Staat legitime Anliegen. Im Fall der zentralasiatischen Arbeitsmigranten sind sie aber zu Instrumenten geworden, die von Regierungsstellen, Verwaltungsbehörden und Sicherheitskräften benutzt werden, um die Zuwanderer zu drangsalieren und unter Vorwänden Bestechungszahlungen von ihnen zu erpressen.

Die Auflösung des Föderalen Migrationsdienstes im Jahr 2016 und die Übernahme der Migrationssteuerung durch das Innenministerium, dessen Personal aus Militärs und Sicherheitsbeamten besteht, hat die sanktionierende Stoßrichtung der Migrationsgesetze und -verordnungen verstärkt. Die komplizierten Prozeduren der Legalisierung führen dazu, dass eine große Zahl der Migranten den illegalen Status beibehält und abgeschoben werden kann – und der Staat die Migranten als Bedrohung für die öffentliche Ordnung und Sicherheit darstellen kann.

Gleichzeitig hält sich weiterhin eine unbekannte Anzahl von Migranten, die mit Wiedereinreiseverboten und drohenden Abschiebungen aufgrund von auf ihren Namen eingetragene Ordnungswidrigkeiten belegt ist – es könnte sich um mehr als 1 Mio. Menschen handeln – in Russland in einer prekären Lage ohne Rechtsstatus auf. Letztlich ist die Illegalität von Migranten eher eine Folge der unzulänglichen Gesetze und ihrer mangelhaften bürokratischen Umsetzung sowie der strategischen Profitchancen, die die Gesetzgebung den Staatsbeamten eröffnet, als ein Ergebnis von Straftaten und Gesetzesübertretungen von Seiten der Migranten.

Aus dem Englischen von Brigitte Heuer

Offizielle Angaben zur Migrationssituation in der Russischen Föderation

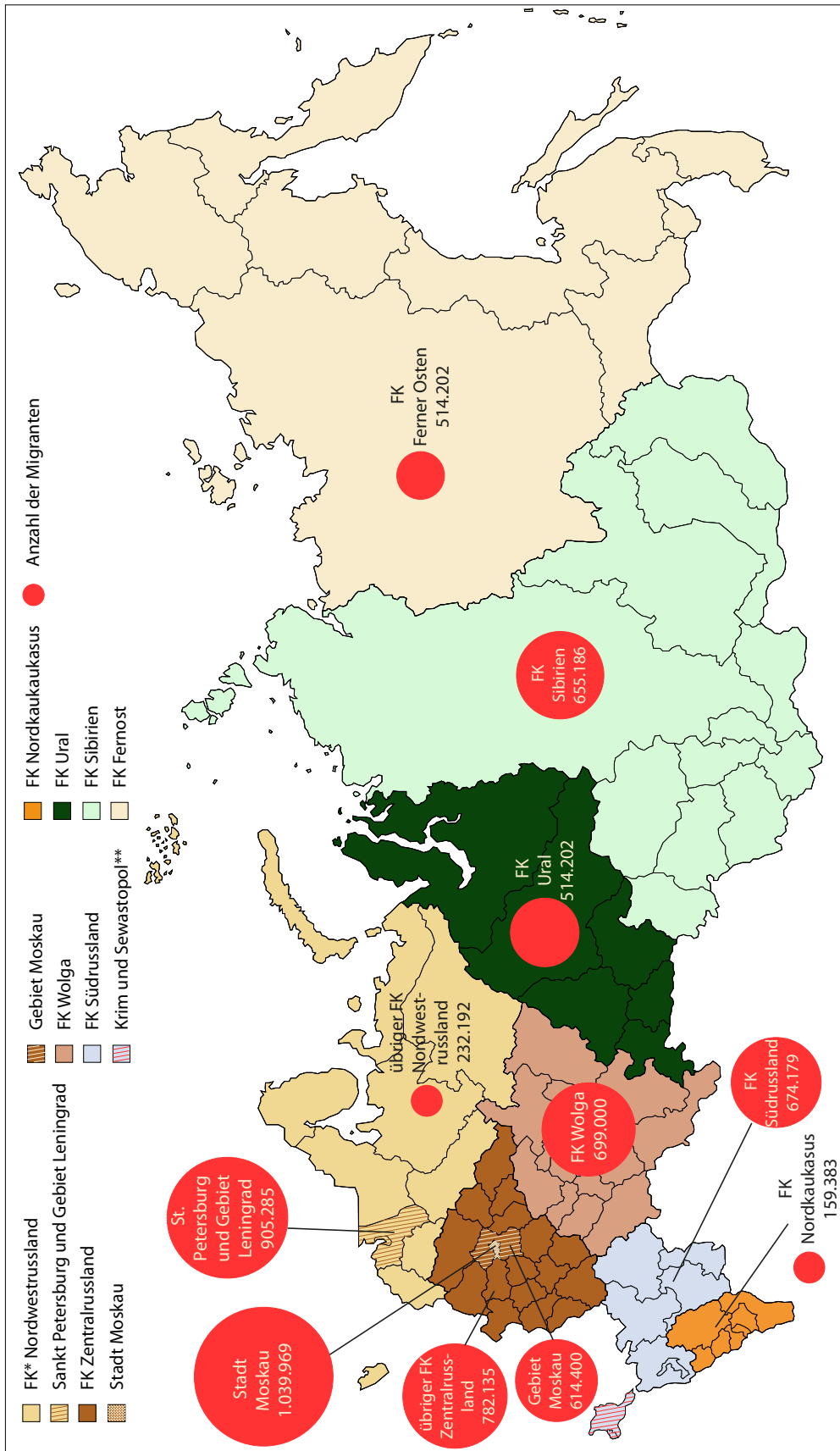
Tabelle 1: Regionale Verteilung der Migranten in der Russischen Föderation (Januar – März 2018)

	Ein- geladen	Visum aus- gestellt	Migrationsregistrierung													Niederlassungs- erlaubnis		Einbür- gerung in die Rus- sische Föderation
			beim Mi- grations- dienst ange- meldet	regis- triert am Wohn- sitz	regis- triert am Aufent- haltsort	Erst- regis- trierung	davon:						beim Mi- grations- dienst abge- meldet	Befristete Aufent- halterlaubnis		Auf- enthalt gemäß Nieder- lassungs- erlaubnis		
							Touris- mus	Studium	Arbeit	davon nach Einreiseweck:				13	14		15	
										privat	Sons- tiges	11						
7	8	9	10	11	12	13	14	15	16									
Gesamt	94.934	49.763	3.186.461	136.919	3.049.542	2.097.136	278.846	110.475	1.131.730	407.929	168.156	2.015.006	63.006	543.630	39.773	580.038	61.189	
FK* Zentral- russland, davon:	54.763	20.055	1.343.491	49.858	1.293.633	848.211	26.265	30.949	566.889	195.270	28.838	557.805	23.501	188.505	13.407	209.844	25.133	
Stadt Moskau	41.985	11.405	692.298	6.622	685.676	521.780	11.817	16.937	394.746	88.627	9.653	230.723	1.884	25.135	1.554	32.878	2.107	
Gebiet Moskau	6.448	1.743	346.815	12.468	334.347	177.084	8.974	2.976	101.449	60.176	3.509	115.707	4.985	48.440	4.698	81.130	4.434	
FK Nordwest- russland, davon:	9.862	7.362	546.733	13.643	533.090	473.977	152.123	20.363	202.653	46.757	52.081	437.272	6.042	49.946	5.116	69.051	6.093	
Sankt Peters- burg und Ge- biet Leningrad	7.795	6.550	448.150	6.683	441.467	412.350	134.409	18.180	185.964	36.139	37.658	363.400	3.278	25.034	3.389	44.678	3.011	
FK Südrussland	4.332	3.147	283.330	17.030	266.300	167.262	17.241	11.054	72.394	50.420	16.153	200.308	6.262	75.388	6.556	89.127	5.729	
FK Nordkaukasus	1.780	1.584	63.526	4.790	58.736	37.413	1.675	1.897	17.119	11.338	5.384	39.339	2.017	23.629	1.340	24.779	1.389	
FK Wolga	6.024	4.962	286.255	18.336	267.919	164.640	6.931	15.690	84.414	36.562	21.043	235.163	9.044	69.626	5.288	75.517	7.121	
FK Ural	3.957	3.849	225.421	12.793	212.628	124.103	3.248	5.789	77.283	28.145	9.638	179.615	5.326	42.753	2.843	44.557	5.881	
FK Sibirien	6.751	4.238	279.983	15.738	264.245	188.180	45.612	20.094	71.353	34.878	16.243	228.499	7.833	66.092	3.656	50.320	7.814	
FK Ferner Osten	7.199	4.562	157.722	4.731	152.991	93.350	25.751	4.639	39.625	4.559	18.776	137.005	2.981	27.691	1.567	16.843	2.029	

* FK = Föderationskreis

Quelle: Innenministerium der Russischen Föderation, <<https://mba.pf/Deljatelnost/statistics/migracionnaya/item/12846607/>>

Karte 1: Regionale Verteilung der Migranten in der Russischen Föderation (Januar – März 2018)



* FK = Föderationskreis

** Die Autonome Republik Krim und die Stadt Sewastopol wurden 2014 von der Russischen Föderation annektiert und in den FK Südrussland eingegliedert; diese Annexion ist international nicht anerkannt worden.

Quelle der Karte: By User:Insider, CC BY-SA 2.5, <<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=50372997>>, angepasst durch die Redaktion der Zentralasien-Analysen

Quelle der Daten: Innenministerium der Russischen Föderation, <<https://смвд.рф/Деятельност/statistics/migracionnaya/item/12846607/>>

Tabelle 2: Herkunft der Migranten nach Ländern (Januar – März 2018)

Ein- geladen	Visum aus- gestellt	Migrationsregistrierung										Befristete Aufent- halterlaubnis		Niederlassungs- erlaubnis		Einbür- gerung in die Rus- sche Födera- tion
		beim Mi- grations- dienst ange- meldet	regis- triert am Wohn- sitz	regis- triert am Aufent- haltsort	Erst- regis- trierung	davon:			beim Mi- grations- dienst abge- meldet	Aufent- halts- erlaubnis ausge- stellt	Auf- enthalt gemäß Nieder- lassungs- erlaubnis	Auf- enthalt gemäß Nieder- lassungs- erlaubnis				
						Touris- mus	davon nach Einreiseweck:									
							Studium	Arbeit					privat	Sons- tiges		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Insgesamt	94.934	49.763	136.919	3.049.542	2.097.136	278.846	110.475	1.131.730	407.929	168.156	2.015.006	63.006	543.630	39.773	580.038	61.189
Kasachstan		139.208	14.643	124.565	99.293	4.365	24.229	22.436	41.168	7.095	98.532	8.687	59.147	3.019	33.641	10.257
Kirgistan		193.498	3.569	189.929	95.568	478	3.012	77.323	12.545	2.210	95.612	1.854	13.785	985	13.847	2.212
Tadschikistan		482.897	18.996	463.901	288.138	542	4.777	234.540	44.494	3.785	258.600	9.142	62.760	4.688	64.609	7.797
Turkmenistan		3.317	3.560	13.472	9.770	1.215	5.991	428	1.373	763	8.677	262	1.649	259	3.479	195
Usbekistan			928.052	15.235	912.817	531.983	1.428	471.458	47.444	6.247	567.425	6.933	74.892	5.016	71.946	4.962

Quelle: Zusammengestellt nach Angaben des Innenministeriums der Russischen Föderation, <<https://mfa.spb/deljatelnost/statistics/migracionnaya/item/12846607>>

Tabelle 3: Ausländische Bürger mit gültigem Arbeitspatent für die Russische Föderation

	Anzahl Personen, in Tausend				% der Gesamtzahl	
	2014	2015	2016	2017	2014	2016
Gesamt	2.079,8	1.656,3	1.543,4	100,0	100,0	100,0
Kasachstan	1,5	0,4	0,2	0,1	0,0	0,0
Kirgistan	151,9	31,0	0,2	7,3	1,9	0,0
Tadschikistan	432,5	416,8	393,4	20,8	25,2	25,5
Turkmenistan	-	-	-	-	-	-
Usbekistan	824,8	859,2	871,7	39,7	51,9	56,5

Nach Angaben des Innenministeriums der RF

Quelle: Zusammengestellt nach Angaben in Federal State Statistics Service, Russian Statistical Yearbook 2017, S. 122. <http://www.gks.ru/free_doc/doc_2017/year/year17.pdf>

Tabelle 4: Ausländische Bürger mit gültiger Arbeitserlaubnis im Jahr 2016. Verteilung nach Altersgruppen

	Anzahl Per- sonen, in Tau- send	davon im Alter von					
		18–29	30–39	40–49	50–54	55–59	über 60
Gesamt	143,9	27,6	40,7	46,9	17,0	8,4	3,3
Kasachstan	0,2	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Kirgistan	1,1	0,4	0,4	0,2	0,1	0,1	0,0
Tadschikistan	8,3	3,0	2,7	1,8	0,5	0,2	0,1
Turkmenistan	0,5	0,2	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0
Usbekistan	7,8	2,1	2,7	2,0	0,6	0,3	0,1

Nach Angaben des Innenministeriums der RF

Quelle: Zusammengestellt nach Angaben in Federal State Statistics Service, Russian Statistical Yearbook 2017, S. 122. <http://www.gks.ru/free_doc/doc_2017/year/year17.pdf>

Dem Untergang geweiht? Die Wahrnehmung der Europäischen Union in Zentralasien im Wandel

Von Zhanibek Arynov, St. Andrews

Zusammenfassung

2018 ist es ein Vierteljahrhundert her, dass die Europäische Union und die zentralasiatischen Staaten diplomatische Beziehungen aufgenommen haben. Obwohl die EU in diesem Zeitraum ihre Präsenz in der Region quantitativ wie qualitativ stetig ausgebaut hat, ist sie nach wie vor kein einflussreicher Akteur in Zentralasien. Verglichen mit anderen externen Mächten, insbesondere Russland, China und den USA, ist der politische und wirtschaftliche Einfluss Europas beschränkt. Doch hat Brüssel den anderen Akteuren gegenüber einen relativen Vorteil: Die EU wird als Wohltäter wahrgenommen und hat ein sehr positives Image. Gerade aus ihrem »Softpower«-Ansatz und ihrer Anziehungskraft bezieht die EU ihre Stärke – doch haben diese Vorzüge zuletzt stark an Bedeutung verloren. Um einer Beschädigung ihres Ansehens entgegen zu treten und ihr positives Image zu bewahren, sollte die EU im Zusammenhang mit der Ausarbeitung ihrer neuen Zentralasienstrategie entsprechende Maßnahmen in Erwägung ziehen.

Im Februar 2018 haben die Europäische Union (EU) und die Staaten Zentralasiens feierlich den 25. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen begangen. Die EU nahm ihr Engagement in der Region bereits Anfang der 1990er Jahre auf, nachdem die fünf zentralasiatischen Republiken nach der Auflösung der Sowjetunion ihre Unabhängigkeit erlangt hatten. Ihr Hauptziel während der 1990er Jahre war es, die jungen Staaten beim Übergang zu Marktwirtschaft und Demokratie zu unterstützen. 1993 eröffnete die Union in Almaty (Kasachstan) ihr erstes Büro in der Region. Schon in den 1990er Jahren schloss sie Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PCA) mit Kasachstan, Kirgistan und Usbekistan, Tadschikistan folgte 2004. Außerdem profitierten die zentralasiatischen Staaten von verschiedenen EU-Programmen; das wichtigste Instrument war TACIS (Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States). Doch hielt sich die Aufmerksamkeit der Union für Zentralasien in den 1990er Jahren in Grenzen, denn Brüssel war mit europäischen Themen beschäftigt: der institutionellen Umgestaltung der EU, der deutschen Wiedervereinigung, den politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozessen in den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie mit der Instabilität auf dem Balkan nach dem Zerfall Jugoslawiens. Vor diesem Hintergrund war Zentralasien eine weit entfernte Region, in der Brüssel keine unmittelbaren Interessen hatte.

Das änderte sich zu Beginn des neuen Jahrtausends. Erstens lenkten der Anschlag vom 11. September 2001 und die anschließende internationale militärische Intervention die Aufmerksamkeit der EU nicht nur auf Afghanistan, sondern auch auf die angrenzenden postsowjetischen Staaten. Zweitens ließen die EU-Erweiterungen von 2004 und 2007 Zentralasien näher

an die Union heranrücken. Die fünf Länder waren nicht länger abgelegen, sondern wurden zu »Nachbarn unserer Nachbarn«. Und schließlich betrachtete die EU die kaspischen Staaten in Reaktion auf den Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine Mitte der 2000er Jahre zunehmend als Länder, die potentiell zur Diversifizierung des Energiesektors der EU beitragen könnten. Alle diese Faktoren motivierten die EU, der Region mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Aber nicht nur das Interesse an Zentralasien nahm zu. Der Fokus der Union verlagerte sich auch inhaltlich von den Themen Marktwirtschaft und Demokratie hin zu Sicherheitsfragen – Sicherheit und Stabilität der zentralasiatischen Länder (und Afghanistans) und Energiesicherheit für Europa.

Angesichts der zunehmenden Bedeutung Zentralasiens rief die EU 2007 ihre »Strategie für eine neue Partnerschaft« mit den zentralasiatischen Staaten (Zentralasienstrategie) ins Leben. Die Annahme dieses strategischen Dokuments wurde allgemein als echter Durchbruch in den Beziehungen zwischen der EU und Zentralasien bewertet – als Beginn einer neuen, möglicherweise besseren Phase der Zusammenarbeit. Unter anderem richtete die EU drei weitere Büros in Bischkek, Duschanbe und Taschkent ein; sie etablierte neue Formate für Dialog und Kooperation und stockte ihre finanzielle Unterstützung für die Region beträchtlich auf (von 750 Mio. Euro im Zeitraum 2007–2013 auf 1 Mrd. Euro für die Jahre 2014–2020). Trotz der Kritik externer Beobachter betonte die EU selbst stets die Richtigkeit der Ziele und Inhalte ihrer Zentralasienstrategie. Zehn Jahre nach Annahme des ersten Dokuments wurde dann in den Beschlüssen des Rats von 2017 die Ausarbeitung einer neuen Strategie für Zentralasien gefordert. Es wird erwartet, dass das neue Dokument, das in der zweiten Jahreshälfte 2019 verabschiedet wer-

den soll, die veränderten Rahmenbedingungen in der EU wie in Zentralasien berücksichtigen wird.

Im Laufe der 25-jährigen Zusammenarbeit ist das Engagement der EU in Zentralasien stetig gewachsen. Obwohl sich das Profil der Union allmählich sowohl quantitativ als auch qualitativ verbessert hat, gehört die EU nach wie vor nicht zu den einflussreichen Akteuren in der Region. Viele Beobachter meinen, dass es der Politik der EU immer noch an einer strategischen Vision fehlt, an verfügbaren Ressourcen, Einheitlichkeit und Sichtbarkeit. Verglichen mit früheren Jahren hat das EU-Engagement zugenommen, es ist jedoch nicht vergleichbar mit dem der Großmächte in der Region, vor allem Russland und China. Die Union kann weder mit der historischen Rolle Russlands und seinem politischen Gewicht noch mit dem wirtschaftlichen Einfluss Chinas konkurrieren. Obwohl die EU selbst immer wieder Konkurrenzdenken in ihrer Politik abstreitet, führen einige der Ziele ihrer Politik (z. B. Demokratisierung, Energiesicherheit) doch unvermeidlich zu Interessenkonflikten mit Russland und China. Auch wenn die EU sich nicht an einem »Great Game« [Rivalität zwischen Großbritannien und Russland um die Vorherrschaft in Zentralasien im 19. Jh., Anm. d. Übers.] beteiligen will, wird es immer eine gewisse Konkurrenz zwischen diesen Akteuren geben.

Der relative Vorteil der Europäischen Union

Die Europäische Union spielt in Zentralasien nicht die Rolle einer Großmacht und hat auch keine diesbezüglichen Absichten. Wie ein in Zentralasien tätiger europäischer Diplomat in einem Gespräch mit mir einmal sagte: Großmacht zu sein bzw. als solche wahrgenommen zu werden, würde Misstrauen gegenüber Brüssel und Ängste vor den Plänen der EU schüren. In der Tat hat die EU in Zentralasien gegenüber stärkeren und selbstbewussteren Akteuren aufgrund ihres positiven Images ganz klar einen relativen Vorteil, denn sie wird als Wohltäter wahrgenommen. Besonders deutlich ist dies in Kasachstan und Kirgistan.

Die Einstellung gegenüber den Vereinigten Staaten in den zentralasiatischen Staaten ist bekanntermaßen überwiegend negativ. Der Antiamerikanismus in der Region ist seit den frühen 2000er Jahren aufgrund der amerikanischen Militäroperationen in Afghanistan und im Irak und wegen der »Farbrevolutionen« in mehreren postsowjetischen Staaten gewachsen. Washington ist heute weit davon entfernt, als bevorzugter und vertrauenswürdiger Akteur wahrgenommen zu werden. Auch die Sinophobie ist in fast allen Ländern Zentralasiens weiterhin stark ausgeprägt. China wird oft in negativen, stereotypen Bildern und Mythen gesehen. Diese negative Wahrnehmung nimmt mit dem wachsenden Ein-

fluss Chinas in der Region stetig zu. Die Proteste gegen die Novellierung des Bodengesetzbuchs in Kasachstan 2016 [die sich gegen längere Pachtverträge für Ausländer richteten, Anm. d. Übers.] sind exemplarisch für diese antichinesische Stimmung in Zentralasien. Was Russland betrifft, so ist die Mehrheit der Öffentlichkeit zwar weiterhin Moskau wohlgesonnen, doch besteht Grund zur Annahme, dass dieses positive Image angesichts des Konflikts mit der Ukraine allmählich Risse bekommt. Es ist nicht verwunderlich, dass dieser Konflikt in einzelnen Segmenten der Gesellschaften der Staaten Zentralasiens Misstrauen und Furcht vor Russland hervorgerufen hat. Dieses Misstrauen kommt in der breiten Öffentlichkeit nicht sehr zum Vorschein, aber in den mehr als 80 Interviews, die ich 2015 und 2016 in Kasachstan und Kirgistan mit Politikern, Experten, Journalisten und Vertretern der Zivilgesellschaft geführt habe, kam es klar zum Ausdruck.

Verglichen mit diesem Meinungswandel ist die Wahrnehmung der EU in den meisten Staaten Zentralasiens auch weiterhin relativ positiv. So zeigte beispielsweise das Integrationsbarometer (eine Erhebung im Auftrag der Eurasischen Entwicklungsbank) im Jahr 2017, dass einzelne EU-Mitgliedsstaaten (Großbritannien, Deutschland und Frankreich) nur von weniger als 3 % der Befragten in Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan als »feindselig« eingestuft wurden. Das ist nur mit Russland vergleichbar: seine Bewertungen als »feindselig« lagen in Kasachstan und Tadschikistan bei 2 % und in Kirgistan bei 0 %. Im Gegensatz dazu erreichten die USA mit 17 %, 22 % und 8 % in Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan bedeutend höhere Werte. Das gilt auch für die Wahrnehmung Chinas, hier nahmen 15 %, 11 % und 2 % der Befragten das Land als feindselig war. Auch die Meinungsumfragen des US-amerikanischen International Republican Institute (IRI) in Kirgistan zeigen nur ein geringes Bedrohungsgefühl gegenüber der EU. 2017 sahen nur 13 % der Befragten die EU als Bedrohung für Kirgistan an – im Gegensatz dazu betragen die entsprechenden Werte für die USA 45 %, für China 37 % und für Russland 6 %.

Außerdem zeigen die Interviews mit Vertretern der politischen und gesellschaftlichen Elite in Kasachstan und Kirgistan, dass die EU bei diesen gesellschaftlichen Gruppen ein recht positives Image hat. Brüssel wird als »wohlwollender« internationaler Akteur anerkannt, der keine politische oder wirtschaftliche Bedrohung darstellt. Man vertraut der EU und möchte, dass sie in Zentralasien eine größere Rolle spielt. Und man bewundert den Wohlfahrtsstaat in den europäischen Ländern, ihre Kultur, Geschichte und »Standards«. In diesem Kontext wurde in Kasachstan und Kirgistan oft die Forderung laut, dass die beiden Länder sich in Rich-

tung des europäischen Entwicklungsmodells bewegen sollten, um Teil eines größeren Europa zu werden. Tatsächlich haben die von mir interviewten Vertreter der Elite häufig die Meinung geäußert, dass Kasachen bzw. Kirgisen in ihrer Mentalität und in ihrem grundsätzlichen Zugehörigkeitsgefühl eher europäisch als asiatisch seien. Interessant war auch zu beobachten, dass sogar die Idee des »Eurasismus« (weder europäisch noch asiatisch zu sein, sondern vielmehr ein Brückenglied zwischen beiden), die in offiziellen Diskursen eifrig propagiert wird, bei den Befragten offenbar wenig Unterstützung fand. Das gleiche gilt für die Eurasische Wirtschaftsunion, die die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen »eurasischen« Ländern vorantreiben soll. Stattdessen wurde von der Mehrheit der Meinungsführer und Experten Europa als »Leitstern« und als Zielvorstellung für ihre Länder gesehen. Die generell positive Wahrnehmung der Europäischen Union ist jedoch nicht unbedingt Ergebnis einer erfolgreichen politischen Strategie und Kommunikationspraxis der EU als Institution. Sie resultiert vielmehr aus dem historisch gewachsenen Bild von »Europa«. Traditionell haben nicht nur Zentralasien, sondern auch Vertreter anderer postsowjetischer Länder »Europa« idealisiert. In diesem Sinne beeinflusst das romantisch verklärte Bild von »Europa« auch die Wahrnehmung der »Europäischen Union«.

Die Wahrnehmung der EU verändert sich

Das generell positive Europa-Bild der Zentralasien ist aktuell zunehmend in Auflösung begriffen. Das heutige Europa wird weniger und weniger mit Wohlstand für den Normalbürger assoziiert, sondern eher mit Krisen und Niedergang. Immer stärker wird Europa mit dem Bild eines »alten Mannes« verbunden, der seine besten Jahre hinter sich hat und seinem Ende entgegenseht. Das »sterbende Europa« wird zum dominanten Narrativ in Bezug auf die EU und Europa – wirtschaftlich, politisch, demographisch, kulturell und moralisch.

Die Volkswirtschaften einiger europäischer Länder wie auch der EU insgesamt gelten als im Niedergang befindlich und ruiniert. Diese Wahrnehmung wurde insbesondere durch die Schuldenkrise in Griechenland ausgelöst. Ebenso ist man der Meinung, dass Europa unter schwindender interner politischer Homogenität leidet. Die zunehmenden politischen Meinungsverschiedenheiten werden immer mehr als Anfang vom Ende der EU als einheitliche Institution gesehen. Dem Glauben an ein vereintes Europa wird heute in Zentralasien mit großer Skepsis begegnet. Ein weiterer Aspekt ist die Vorstellung vom in demographischer Hinsicht »sterbenden« Europa. Einerseits wird dies mit niedrigen Geburtenraten in Europa in Verbindung gebracht, die man als nahezu gegeben annimmt. Andererseits hat dies mit der

wachsenden Zahl von Menschen in Europa zu tun, die nichteuropäische Wurzeln haben. Es ist der Eindruck entstanden, dass Europa sein Erscheinungsbild ändert. Dieser Aspekt wird sehr negativ bewertet, denn Europa verliert damit für die Zentralasien eine seiner am meisten bewunderten Eigenschaften – nämlich sein »Europäertum«: seine Kultur, seine Traditionen und Werte. Man stellt sich vor, dass die Straßen von Paris und Madrid jetzt von Menschen bevölkert werden, deren Sprachen und Traditionen Europa »fremd« sind. Noch ausgeprägter ist die Auffassung, dass in Europa ein moralischer Verfall um sich greift. Gleichgeschlechtliche Ehen, Rechte für LGBT (Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender) und der Verfall von Familienwerten sind schon jetzt zum negativsten Aspekt des Gesamtbilds der EU in Zentralasien geworden. Bestimmte Komponenten der EU-Politik in Zentralasien werden deshalb mit der Verbreitung und dem Aufdrängen dieser negativ besetzten Werte assoziiert. In diesem Zusammenhang wird das heutige Europa oft als »Gayropa« bezeichnet (eine Zusammensetzung aus »gay« und »Europa«). EU-Repräsentanten in Zentralasien haben wiederholt beklagt, dass dies ein sehr starkes Narrativ ist, dem die EU nur schwer etwas entgegensetzen kann. All diese Aspekte haben zu einem negativen Wandel der Wahrnehmung der EU in den Ländern Zentralasiens beigetragen.

Grundsätzlich ist die Veränderung durch das Zusammenspiel verschiedener Faktoren in drei Bereichen entstanden. Erstens wird die wachsende Skepsis gegenüber der Europäischen Union durch »objektive« Faktoren und Entwicklungen innerhalb der Union selbst hervorgerufen. Die EU hat lange unter einer Wirtschafts- und Finanzkrise gelitten; sie wurde vom Zustrom von Migranten und Flüchtlingen überrascht und vom Schock des Brexit erschüttert. Es ist nicht verwunderlich, dass diese Ereignisse die Europa-Skepsis sowohl in den Mitgliedsstaaten der EU als auch in vielen Drittländern beträchtlich verstärkt haben, wie verschiedene Studien belegen. Daher ist es nicht überraschend, dass man den gleichen Trend auch in Zentralasien finden kann. Zweitens gibt es auch Zentralasien-spezifische Faktoren, die eine negative Wahrnehmung bewirken. Die offizielle Rhetorik in einigen Ländern der Region verknüpft z. B. diskursiv die Propagierung von demokratischen Werten und Menschenrechten durch die EU mit der Ausbreitung und dem Aufdrängen »nichttraditioneller und fremder« Praktiken wie gleichgeschlechtliche Ehen und Rechte für sexuelle Minderheiten. Das Bild eines moralisch im Niedergang begriffenen Europa zielt auf die Delegitimierung der EU und ihrer normativen Ziele ab. Drittens werden die negativen Veränderungen in der Wahrnehmung der EU auch noch durch den geopolitischen Kontext der Region befördert – näm-

lich durch russische Einflussnahme. Es ist kein Geheimnis, dass die russische Propaganda ihre negative Berichterstattung über die Entwicklungen in Europa seit dem Beginn des Ukraine-Konflikts intensiviert hat. Die Einrichtung der East StratCom Taskforce, die den russischen Desinformationskampagnen entgegenwirken soll, zeigt, wie ernst Brüssel dieses Thema nimmt. Da die russischen Medien in den meisten zentralasiatischen Staaten einen gewaltigen Einfluss haben, verbreitet sich die negative Berichterstattung über Europa entsprechend schnell. Ein Beispiel ist, um es erneut zu zitieren, das Konzept von »Gayropa«, das in Russland geprägt wurde und durch die Medien seinen Weg in die anderen Staaten der Region gefunden hat.

Was kann die EU tun?

Wie bereits erwähnt wird 2019 mit großer Wahrscheinlichkeit eine neue Zentralasienstrategie verabschiedet werden. Es wäre aber naiv anzunehmen, dass Zentralasien dadurch mehr Aufmerksamkeit von Seiten der EU bekommen wird. Brüssel muss sich jedoch mit der Verschlechterung seines früher positiven Images in der Region befassen und Gegenmaßnahmen ergreifen. Eine mögliche Option könnte in der Verbesserung seiner Kommunikationspolitik gegenüber bestimmten Zielgruppen liegen sowie in der Entwicklung neuer, auf Zentralasien zugeschnittener Instrumente, um das Wissen über die EU zu vergrößern. Mehrere Studien haben belegt, dass ein Individuum umso weniger zu

stereotypen Vorstellungen neigt, je mehr es über den betreffenden Gegenstand weiß. Meine Interviews mit kasachstanischen und kirgisischen Meinungsführern und Experten zeigen ebenfalls, dass die Gesprächspartner, die in direkterem Kontakt mit der Union standen und mehr Kenntnisse über sie besaßen, meist ein tendenziell ausgewogeneres und positiveres Bild der Europäischen Union hatten. Sie ließen sich außerdem nicht so leicht von Narrativen wie »Gayropa« beeinflussen, sondern verstanden sie als ein Ergebnis absichtlicher Verzerrung der Realität. Es ist offenkundig, dass das Problem negativer Wahrnehmungen nicht einfach durch verbesserte Kommunikation gelöst werden kann, denn es handelt sich nicht nur um falsche Vorstellungen, sondern dahinter stehen, wie oben beschrieben, »objektive« Gründe. Eine verbesserte Kommunikation könnte aber das Ausmaß stereotyper Wahrnehmungen der EU und der Geschehnisse in der EU verringern, indem der Einfluss von Propaganda beschränkt wird und alternative Darstellungen der EU propagiert werden. Im Zeitalter der Technologien und des Internets wäre vielleicht die Entwicklung internetbasierter Informationskanäle eine Option, die zudem für die EU keine großen Kosten erzeugen würde. Aber die Antwort auf die Frage, ob die Europäische Union an dieser Möglichkeit bzw. generell an ihrer Wahrnehmung in Zentralasien interessiert ist, bleibt weiterhin offen.

Aus dem Englischen von Brigitte Heuer

Über den Autor:

Zhanibek Arynov ist Doktorand an der University of St Andrews in Schottland. Thema seiner Dissertation sind die Beziehungen zwischen der EU und den zentralasiatischen Staaten unter besonderer Berücksichtigung des Images und der Wahrnehmung der EU in der Region. Er hat an der Al-Farabi-Universität (Almaty, Kasachstan) seinen Master in »Internationalen Beziehungen« abgelegt und als Junior Researcher am Institute of National Studies in Almaty gearbeitet.

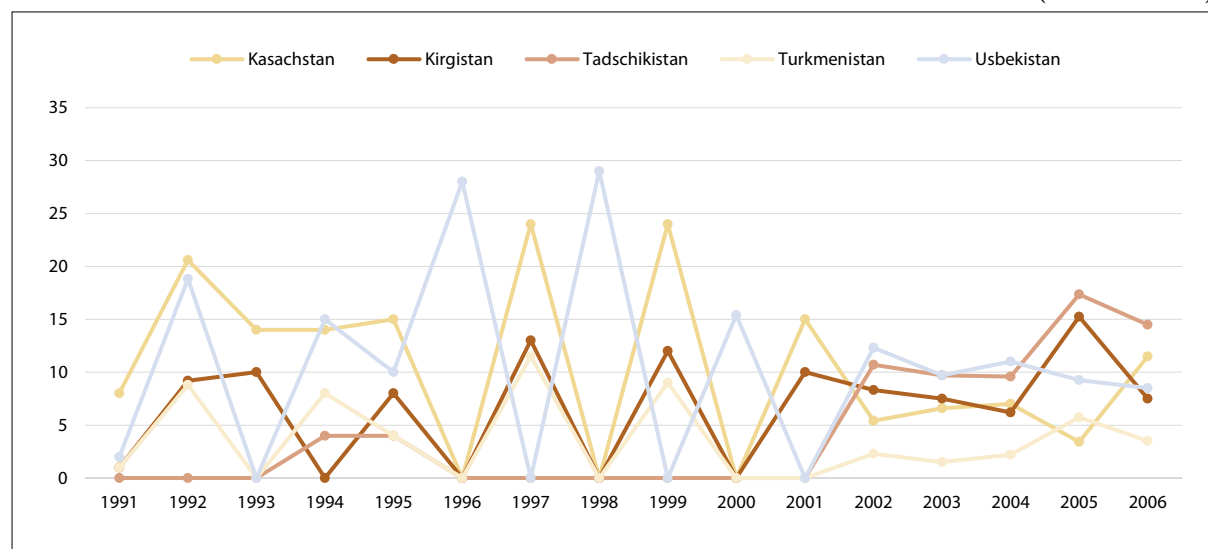
Lesetipps:

- Marlene Laruelle, Kazakhstani Perceptions of External Powers. Unexpected Findings of Survey Analysis. Paper presented at Central Asia Security Workshop, The George Washington University, 5.3.2018, = <<http://centralasiaprogram.org/archives/12333>>
- Jos Boonstra, (ed.), Towards a new EU Strategy for Central Asia, EUCAM Watch, 18.2.2018, = <<https://eucentralasia.eu/download/1217/>>
- Svante Cornell, Johan Engvall, Kazakhstan in Europe: Why not? Central Asia-Caucasus Institute, Silk Road Paper, October 2017, = <<https://www.silkroadstudies.org/publications/silkroad-papers-and-monographs/item/13254-kazakhstan-in-europe-why-not?.html>>
- Sebastien Peyrouse, (ed.), How does Central Asia view the EU? EUCAM Working Paper 18.6.2014, = <<https://eucentralasia.eu/2014/06/how-does-central-asia-view-the-eu/>>

STATISTIK

EU-Finanzhilfe für Zentralasien

Grafik 1: EU-Finanzhilfe für Zentralasien im Rahmen von TACIS*: 1991–2006 (in Mio. Euro)



* *Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States*

Quelle: European Community, *Regional Strategy Paper for Assistance to Central Asia for the period 2007–2013, Annex IV*, <https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/rsp-central-asia-2007-2013_en.pdf>

Tabelle 1: EU-Finanzhilfe für Zentralasien im Rahmen von TACIS*: 1991–2006 (in Mio. Euro)

	Kasachstan	Kirgistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan
1991	8,0	1,0	0,0	1,0	2,0
1992	20,6	9,2	0,0	8,8	18,8
1993	14,0	10,0	0,0	0,0	0,0
1994	14,0	0,0	4,0	8,0	15,0
1995	15,0	8,0	4,0	4,0	10,0
1996	0,0	0,0	0,0	0,0	28,0
1997	24,0	13,0	0,0	11,5	0,0
1998	0,0	0,0	0,0	0,0	29,0
1999	24,0	12,0	0,0	9,0	0,0
2000	0,0	0,0	0,0	0,0	15,4
2001	15,0	10,0	0,0	0,0	0,0
2002	5,4	8,3	10,7	2,3	12,3
2003	6,6	7,5	9,7	1,5	9,7
2004	7,0	6,2	9,6	2,2	11,0
2005	3,4	15,25	17,35	5,75	9,25
2006	11,5	7,5	14,5	3,5	8,5
Gesamt	168,5	107,95	69,25	64,35	168,95

* *Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States*

Quelle: European Community, *Regional Strategy Paper for Assistance to Central Asia for the period 2007–2013, Annex IV*, <https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/rsp-central-asia-2007-2013_en.pdf>

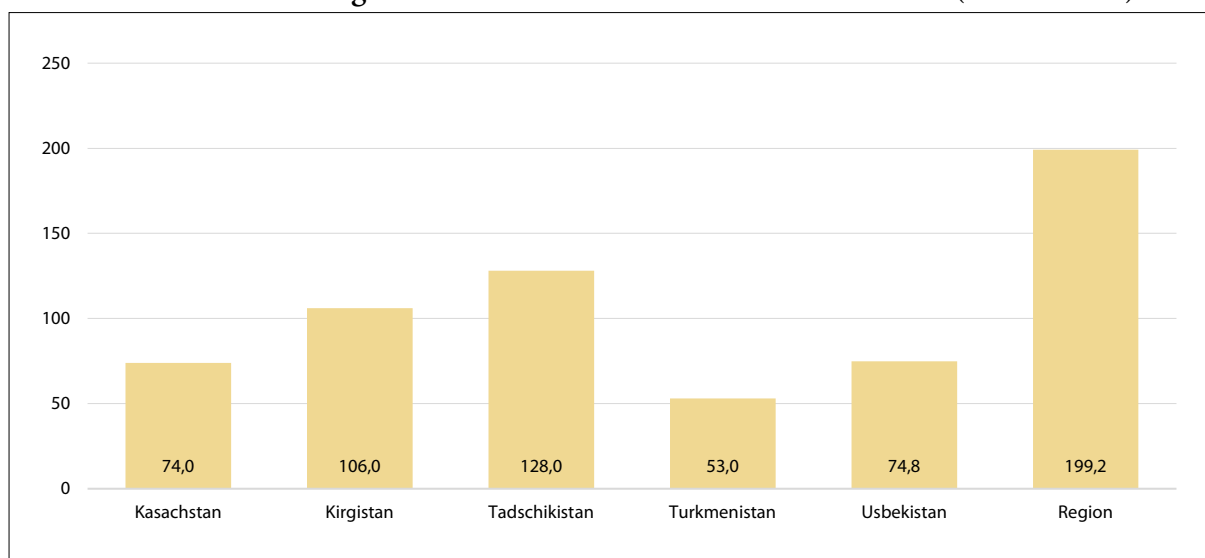
Tabelle 2: EU-Finanzhilfe für Zentralasien im Rahmen von ECHO* und Nahrungsmittelhilfe: 1991–2006 (in Mio. Euro)

ECHO*	Kasachstan	Kirgistan	Tadschi- kistan	Turkme- nistan	Usbekistan	Gesamt
1991						
1992			0,3			
1993		3,6	7,4			
1994		6,3	9,8			
1995		8,0	16,1			
1996		3,9	14,1			
1997		2,8	14,9			
1998		1,8	16,7			
1999		2,1	18,8			
2000			15,0			
2001			12,0			
2002			10,0			
2003			10,0			
2004			8,0			
2005			6,0			
2006			6,0			
ECHO Gesamt		28,4	165,1			193,5
Nahrungsmittel- hilfe	Kasachstan	Kirgistan	Tadschi- kistan	Turkme- nistan	Usbekistan	Gesamt
FEOGA** 1994–95		14,0	11,0			
FEOGA 1995–96		4,7	15,9	2,1		
Lebensmittel- sicherheit 1996		10,0	17,2			
1997		8,5	5,5			
1998		8,5	4,1			
1999		8,5	3,4			
2000		10,0	9,0			
2001		10,0	3,7			
2002		10,0	4,0		1,2	
2003		10,0	8,0			
2004		9,0	8,0 (+3)			
2005		9,0	8,0 (+3)			
2006		9,0	9,0 (+2)			
Nahrungsmittel- hilfe gesamt		121,2	109,8	2,1	1,2	234,3

* European Civil Protection and Humanitarian Aid Operations

** Fonds Européen d'Orientation et de Garantie Agricole – European Agricultural Guidance and Guarantee Fund (EAGGF)

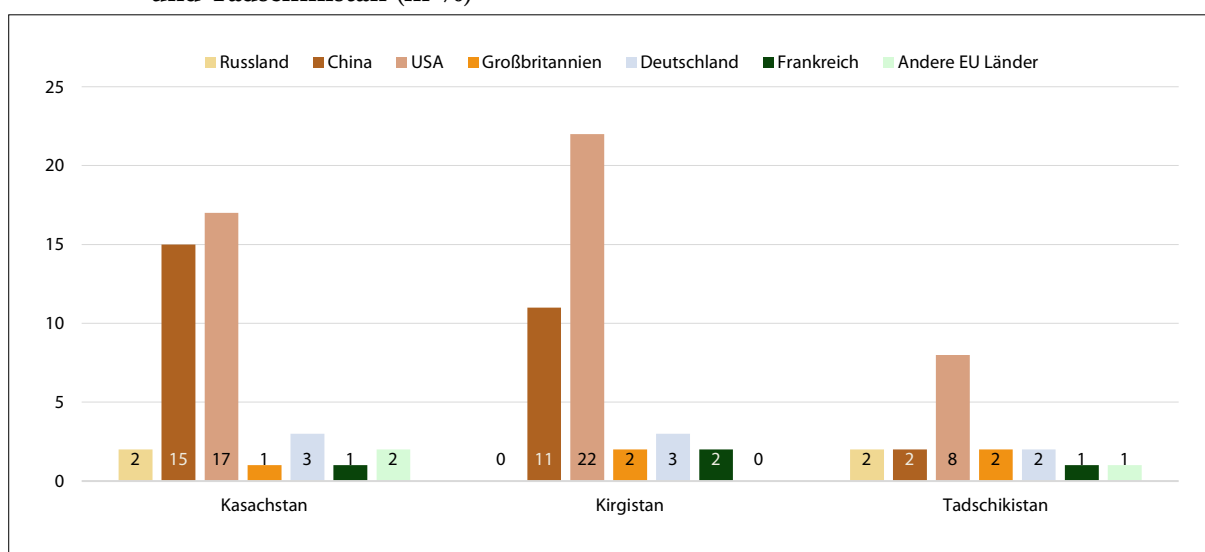
Quelle: European Community, Regional Strategy Paper for Assistance to Central Asia for the period 2007–2013, Annex IV, <https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/rsp-central-asia-2007-2013_en.pdf>

Grafik 2: EU-Entwicklungszusammenarbeit mit Zentralasien 2007–2013 (in Mio. EUR)

Quellen: European Commission, *Central Asia Indicative Programme (2007–2010)*, <http://www.eeas.europa.eu/archives/docs/central_asia/rsp/nip_07_10_en.pdf>; European Commission, *Central Asia: DCI Indicative Programme 2011–2013* <https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/central_asia_multi-annual_indicative_programme_2011-2013_of_the_eu_development_co-operation_instrument_dci.pdf>

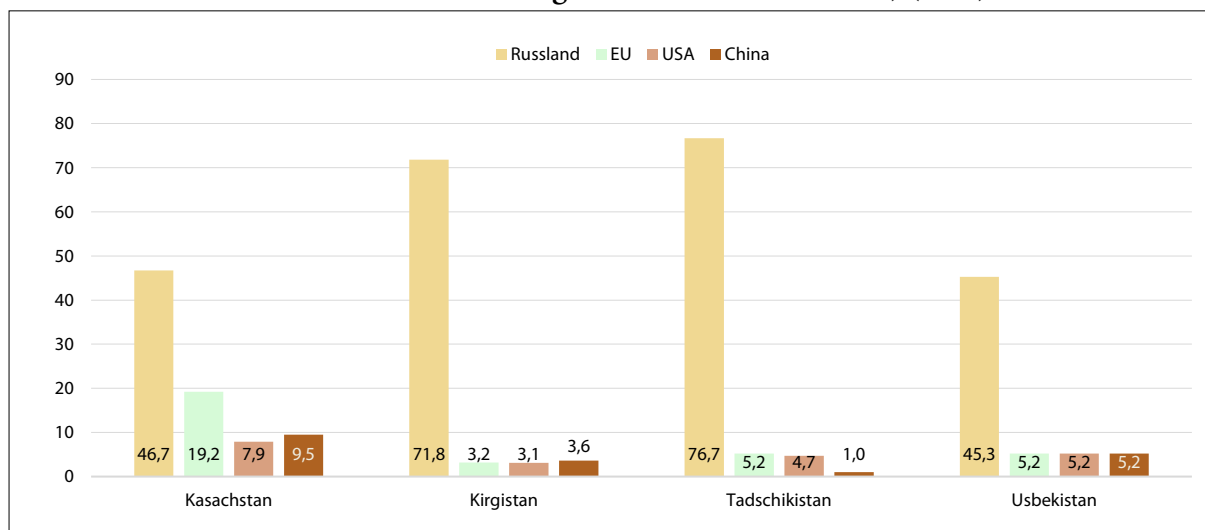
UMFRAGE

Die Haltung zur EU in Zentralasien

Grafik 1: Wahrnehmung der »Unfreundlichkeit« externer Akteure in Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan (in %)

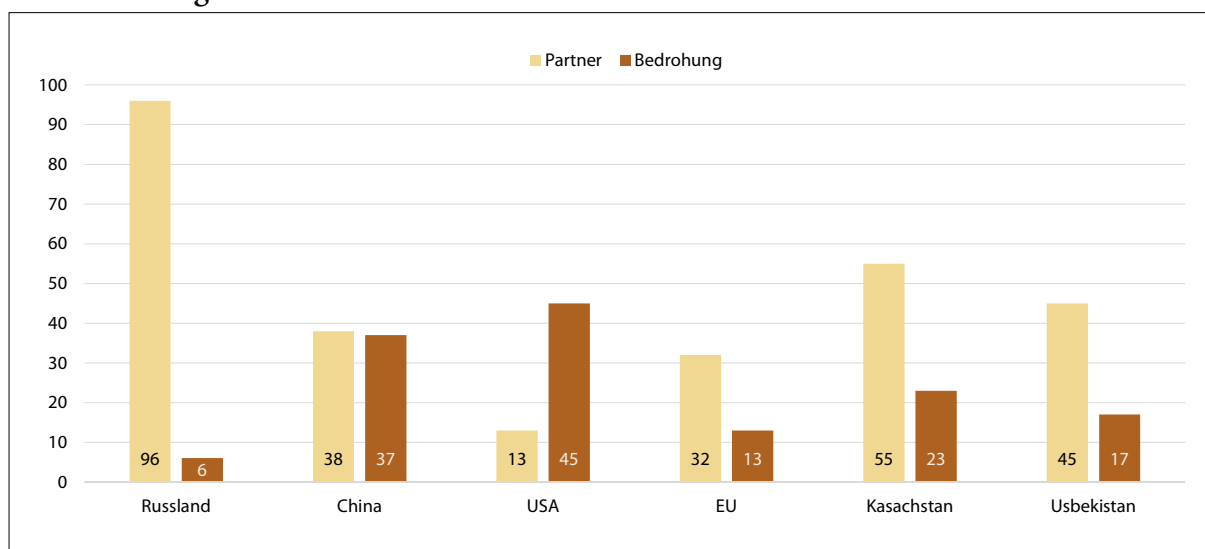
Quelle: EDB *Integration Barometer 2017, Cross-National Survey Data*, <[https://eabr.org/en/analytics/integration-research/cii-reports/edb-integration-barometer-2017/-/](https://eabr.org/en/analytics/integration-research/cii-reports/edb-integration-barometer-2017/)>

Grafik 2: Entwicklungsorientierung der zentralasiatischen Jugend (An welchem der folgenden Länder soll sich die Entwicklung Ihres Landes orientieren?) (in %)



Quelle: Friedrich Ebert Foundation Kazakhstan 2016, *Youth in Central Asia (Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan, Uzbekistan)*. Die Jugendlichen wurden gefragt, ob sich die Entwicklung ihres Landes an Russland, China, USA oder EU orientieren sollte.

Grafik 3: Wahrnehmung der wichtigsten Wirtschaftspartner und der größten Bedrohungen in Kirgistan



Quelle: Center for Insights in Survey Research, *Public Opinion Survey: Residents of Kyrgyzstan (November 19 – December 2, 2017)*, <http://www.iri.org/sites/default/files/2018-2-5_iri_poll_presentation_kyrgyzstan.pdf>

CHRONIK

23. Juni – 20. Juli 2018

Kasachstan

23.6.2018	Bei nicht genehmigten Demonstrationen für eine gebührenfreie Bildung in verschiedenen Städten des Landes werden mehrere Dutzend Menschen festgenommen, darunter auch unbeteiligte Passanten. Zu den Protesten hatte die oppositionelle Bewegung Demokratische Wahl Kasachstans (DWK) aufgerufen
25.6.2018	Das Komitee für nationale Sicherheit meldet, dass in Uralsk (Westkasachstan) acht Mitglieder einer radikalen religiösen Gruppe wegen des Verdachts auf Vorbereitung von Terroranschlägen und der Verbreitung von Terrorpropaganda festgenommen wurden.
25.6.2018	Ein Gericht in Bischkek bestätigt den Auslieferungsbeschluss für den kasachischen Aktivist Muratbek Tunygschabajew, trotz der Bedenken von Human Rights Watch (HRW) und lokalen Menschenrechtsorganisationen, dass ihm in Kasachstan Folter drohen könnte. Tunygschabajew war im Mai 2018 in Bischkek auf Antrag der kasachstanischen Behörden wegen des Verdachts der finanziellen Unterstützung der DWK und Beteiligung an ihren Aktivitäten festgenommen worden.
27.6.2018	In der ersten Sitzung der Regierungskommission für die Entwicklung des durch die Veränderung des Status von Schymkent neu entstandenen Gebiets Turkestan stellt der Vorsitzende der Kommission und stellvertretende Premierminister, Askar Mamin, einen Plan für die Verlegung der Verwaltung von Schymkent nach Turkestan vor.
29.6.2018	Das Ministerium für religiöse Angelegenheiten und Zivilgesellschaft wird per Dekret Präsident Nursultan Nasarbajew in Ministerium für soziale Entwicklung umbenannt und erhält neue Aufgaben und Befugnisse, die bisher dem Ministerium für Kultur und Sport zugeordnet waren.
29.6.2018	Eine Delegation unter Leitung des Sekretärs des Sicherheitsrats, Nurlan Jermekabajew, berät in Taschkent mit dem Sicherheitsrat Usbekistans Fragen der regionalen Sicherheit, gemeinsame Militärübungen, Afghanistan und nachhaltige Entwicklung.
1.7.2018	Ab sofort ist die Frist für die Einreichung von Einladungen zur Einreise für visapflichtige Ausländer von 14 auf fünf Tage verkürzt. In der Einladung muss die Adresse in Kasachstan angegeben werden, was die Notwendigkeit der Anmeldung bei den Migrationsbehörden nach der Ankunft abschafft.
3.7.2018	73 aus dem Autonomen Uigurischen Gebiet Xinjiang (VR China) stammenden ethnisch kasachischen Studenten mit chinesischer Staatsbürgerschaft wird von den chinesischen Behörden nach den Sommerferien die Ausreise nach Kasachstan verwehrt. Nach Angaben des kasachischen Dienstes von RFE/RL sollen einige der Studenten kasachstanischer Hochschulen in chinesische Umerziehungslager gebracht worden sein.
4.7.2018	Premierminister Bakytdschan Sagintajew empfängt den Präsidenten der Autonomen Republik Tatarstan (RF), Rustam Minnichanow, der sich zu einem Arbeitsbesuch in Astana aufhält.
5.7.2018	In Astana wird das auf Initiative des Präsidenten geschaffene Internationale Finanzzentrum Astana (IFCA) in Gegenwart der Präsidenten Kirgistans, Usbekistans und Tadschikistans, Sooronbaj Dscheenbekow, Schawkat Mirsijojew und Emomali Rachmon, sowie des Präsidenten Tatarstans, Minnichanow, feierlich eröffnet. In seiner Rede auf der Eröffnungszeremonie bewirbt Nasarbajew Astana als zentralen Finanzstandort der Region.
6.7.2018	In Astana wird in Gegenwart von Präsident Nasarbajew und seiner Amtskollegen aus Kirgistan, Usbekistan und Tadschikistan feierlich der 20. Jahrestag der Verlegung der Hauptstadt von Almaty nach Astana begangen.
10.7.2018	Der stellvertretende Außenminister Roman Wasilenko nimmt am 5. EU-Central Asia High Level Political and Security Dialogue in Aschgabat teil.
12.7.2018	Das Gesetz über die Änderung des Status des Sicherheitsrats von einem beratenden zu einem konstitutionellen Organ trifft in Kraft. Damit wird Präsident Nasarbajew zugleich zum lebenslangen Vorsitzenden des Sicherheitsrats.
13.7.2018	Verteidigungsminister Saken Dschasusakow empfängt seinen usbekischen Amtskollegen Abdusalom Asisow in Almaty zu Gesprächen über die bilaterale militärische Zusammenarbeit. Im Rahmen des mehrtägigen Besuchs finden auch gemeinsame Manöver der Streitkräfte beider Staaten statt.
19.7.2018	Der Eiskunstläufer Denis Ten stirbt in einem Krankenhaus in Almaty an den Stichverletzungen, die ihm Diebe bei dem Versuch, die Spiegel seines Autos zu stehlen, zugefügt hatten. Ten hatte als einziger kasachstanischer Sportler bei den Olympischen Spielen in Sotschi (2014) eine (Bronze-)Medaille gewonnen, die zugleich die erste Medaille im Eiskunstlauf in der Geschichte des unabhängigen Kasachstan war.
19.7.2018	Präsident Nasarbajew unterzeichnet ein Gesetz zur Liberalisierung der Rechtsvorschriften für die Tätigkeit von Strafverfolgungsbehörden, mit dem der Anwendungsbereich für Alternativen zur Freiheitsstrafe in Form von öffentlichen Arbeiten, Einschränkung der Bewegungsfreiheit oder Geldstrafen erweitert wird.

20.7.2018	In der Staatlichen Agentur für öffentlichen Dienst und Korruptionsbekämpfung werden 147 Stellen gestrichen, was dem Staatshaushalt mehr als 1 Mio. US-Dollar einspart.
20.7.2018	Im Rahmen der C5+1-Kontakte zwischen USA und den zentralasiatischen Staaten finden in Almaty eine Sitzung der Arbeitsgruppe über ökonomische Zusammenarbeit unter Teilnahme von U.S. Assistant Secretary of State for the Bureau of Economic and Business Affairs Manisha Singh und eine weitere der Arbeitsgruppe Umwelt (U.S. Acting Deputy Assistant Secretary of State for Central Asia Henry Ensher) statt.

Kirgistan

27.6.2018	Präsident Sooronbai Dscheenbekow skizziert vor dem Parlament die strategische Ausrichtung seiner Politik zur Entwicklung Kirgistans. Als Prioritäten bezeichnet er den Kampf gegen Korruption und Klientelismus, die Justizreform und den Schutz der Menschenrechte. Außerdem gesteht er ein, dass es derzeit im öffentlichen Dienst nicht genug qualifizierte, ehrliche und erfahrene Fachkräfte gäbe.
28.6.2018	Nach Angaben von Kanjarbek Bakajew, stellvertretender Leiter des Antiterrorzentrums des Staatlichen Komitees für nationale Sicherheit, sind seit Beginn des Bürgerkrieges 150 kirgisische Staatsbürger in Syrien getötet worden, die auf Seiten der Islamisten gekämpft hatten. Insgesamt sollen sich ca. 850 kirgisische Staatsbürger dem IS angeschlossen haben.
4.7.2018	Almas Sasbakov, bisher stellvertretender Wirtschaftsminister, wird von Premierminister Muchammedkalyi Abylgasijew zum Sonderbeauftragten der Regierung für die EEU ernannt.
4.7.2018	Eine Wirtschaftsdelegation mit 20 kirgisischen Unternehmern nimmt am kirgisisch-ukrainischen Wirtschaftsforum in Kiew teil.
6.7.2018	Präsident Dscheenbekow nimmt an den Feiern anlässlich des 20. Jahrestags der kasachstanischen Hauptstadt Astana und der Eröffnung des Internationalen Finanzzentrums Astana (IFCA) teil.
7.7.2018	Der stellvertretende Bürgermeister von Bischkek, Renat Makenow, und der Leiter der Abteilung für Bodenschätze der Bischkeker Stadtverwaltung, Urmat Mursakanow, werden wegen des Verdachts auf Korruption und illegale Zuteilung von Land und natürlichen Ressourcen verhaftet.
9.7.2018	Präsident Dscheenbekow nimmt an der Zeremonie zur Amtseinführung des wiedergewählten türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan in Ankara teil.
9.7.2018	Im Gebiet Dschalalabad werden 11 usbekische Hirten vorübergehend festgenommen, die ihre Herden versehentlich auf kirgisischem Staatsgebiet grasen ließen.
10.7.2018	Premierminister Abylgasijew erörtert mit dem Exekutivdirektor der Asian Development Bank (ADB), Syurkani Ishak Kasim, Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit.
10.7.2018	Der Pressedienst des Innenministeriums teilt mit, dass in Moskau acht von Kirgistan international gesuchte Personen verhaftet wurden. Sie sollen an Kirgistan ausgeliefert werden.
11.7.2018	Premierminister Abilgasijew unterzeichnet ein Dekret, mit dem Importzölle für Fahrzeuge gesenkt und für Elektroautos ganz abgeschafft werden.
13.7.2018	Der stellvertretende Premierminister Kubatbek Woronow nimmt an der Sitzung des Rats der Eurasischen Wirtschaftskommission zu Fragen der Binnenmarktintegration in Moskau teil.
13.7.2018	Präsident Dscheenbekow empfängt den Vize-Präsidenten der EBRD, Alan Pilloux, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit.
13.7.2018	Die Mitglieder des Stadtrats von Bischkek beschließen einstimmig die Absetzung des Bürgermeisters der Hauptstadt, Albek Ibrahimow. Dem engen Vertrauten von Ex-Präsident Almasbek Atambajew wird Amtsmissbrauch vorgeworfen.
13.7.2018	Eine Delegation des Parlaments erörtert in Brüssel und Luxemburg Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den dortigen Volksvertretungen.
16.7.2018	Premierminister Abylgasijew nimmt während seines dreitägigen Arbeitsbesuchs in Georgien u. a. am Gipfel der Open Government Partnership teil und wird von seinem Amtskollegen Georgi Margwelaschwili zu bilateralen Gesprächen empfangen.
16.7.2018	Am Ende einwöchiger Verhandlungen in Osch sind zwei weitere Grenzabschnitte in Gava und Chawasai (Gebiet Dschalalabad) zwischen Kirgistan und Usbekistan festgelegt. Bisher sind 85 % des gemeinsamen Grenzverlaufs delimitiert.
16.7.2018	Im militärischen Ausbildungszentrum Edelweiss bei Balyktschy (Gebiet Issyk-Kul) wird ein von der indischen Regierung finanziertes Bergtrainingszentrum eröffnet.

18.7.2018	44 von 45 Mitgliedern des Stadtrates stimmen für die Ernennung Taalaibek Sarybaschews zum neuen Bürgermeister von Osch.
19.7.2018	Bei einem mehrstündigen Treffen mit Vertretern von NGOs in Bischkek unterstreicht Präsident Dscheenbekow die Wichtigkeit des Dialogs zwischen Staat und Zivilgesellschaft für die Entwicklung des Landes.
19.7.2018	Das Staatliche Komitee für nationale Sicherheit meldet, dass der Bürgermeister von Bischkek, Ibraimow, wegen des Verdachts finanzieller Unregelmäßigkeiten und illegaler Immobilienverkäufe verhaftet wurde. Der ehemalige Präsident und Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Kirgistans Atambajew bezeichnet die Festnahme als politisch motiviert.
20.7.2018	Wegen eines Konflikts um Weiderechte an der Grenze der tadschikischen Exklave Woruch im Gebiet Batken werden zwei Grenzer sowie zwei Anwohner von tadschikischen Grenzern vorübergehend unrechtmäßig festgenommen, nach Gesprächen aber mit einer Entschuldigung freigelassen.

Tadschikistan

23.6.2018	Innenminister Ramason Rachimsoda erörtert in einem Gespräch mit seinem afghanischen Amtskollegen Wais Ahmad Barmak in Duschanbe Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit beider Länder im Kampf gegen Terrorismus, Extremismus und Drogenhandel.
24.6.2018	Präsident Emomali Rachmon legt während eines Arbeitsbesuches im Gebiet Sogd den Grundstein für die Förderanlagen einer zu je 50 % chinesischen und tadschikischen Firmen gehörenden Goldmine, die ab 2020 1,5 t Gold und 16 t Antimon jährlich produzieren soll.
24.6.2018	Der afghanische Nachrichtenkanal TOLO News meldet, dass mehrere internationale Organisationen, darunter die EU, die KfW und das Aga Khan Development Network (AKDN), 16 Mio. US-Dollar für ökonomische und soziale Projekte an der tadschikisch-afghanischen Grenze zur Verfügung stellen.
25.6.2018	Präsident Emomali Rachmon erörtert mit dem Chef der Japanischen Agentur für internationale Zusammenarbeit (JICA), Shin'ichi Kitaoka, bei einem Treffen in Istarawschan (Gebiet Sogd) Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit.
27.6.2018	Die letzte unabhängige Zeitung des Gebiets Chatlon, Pajk, erscheint zum letzten Mal. Nach Angaben der Redaktion ist keine Druckerei mehr bereit, die Zeitung zu drucken.
27.6.2018	Bei einer Massenschlägerei zwischen Arbeitsmigranten aus Usbekistan und Tadschikistan auf einer Baustelle im Norden von Sankt Petersburg werden ein Tadschike schwer und ca. 40 weitere Beteiligte leicht verletzt.
28.6.2018	RFE/RL berichtet, dass Afghanistan vier der Unterstützung des Aufstandes von General Abduchalim Nasarsoda im September 2015 Verdächtige an Tadschikistan ausgeliefert hat. Sie waren nach der Niederschlagung des Aufstandes nach Afghanistan geflüchtet und dort im Juni 2017 verhaftet worden. Nasarsoda soll mit mehreren Kämpfern im September 2015 eine Polizeistation und ein Waffenarsenal in der Nähe von Duschanbe überfallen und 26 Menschen getötet haben.
29.6.2018	Mehrere Medien berichten, dass Präsident Rachmon bei einer Rede in Chudschand (Gebiet Sogd) die Sicherheitskräfte des Landes aufgefordert hat, von einer strafrechtlichen Verfolgung freiwillig aus dem Ausland zurückkehrender IS-Kämpfer und Schüler illegaler religiöser Schulen abzusehen.
3.7.2018	Präsident Rachmon stellt auf der Sitzung des Nationalen Entwicklungsrates die bisherigen Ergebnisse der Nationalen Entwicklungsstrategie bis 2030 und des Mittelfristigen Entwicklungsprogrammes 2016–2020 vor. Wichtigste langfristige Ziele sind Bildung, Gesundheit, Arbeitsplätze, Ernährungs- und Energiesicherheit.
3.7.2018	Ein Gericht in Duschanbe verurteilt einen Mitwisser des Umsturzversuches von General Nasarsoda zu acht Jahren und vier Monaten Freiheitsentzug. Der Mann soll die Pläne bereits vier Wochen vor dem Aufstand gekannt haben ohne die Sicherheitskräfte zu informieren.
6.7.2018	Auf Einladung des kasachstanischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew nimmt Präsident Rachmon gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus Kirgistan und Usbekistan, Sooronbaj Dscheenbekow und Schawkat Mirsijojew, an der Eröffnung des Internationalen Finanzzentrums Astana und den Feiern anlässlich des 20. Geburtstages der kasachstanischen Hauptstadt Astana teil. Am Rande der Veranstaltung trifft Rachmon mit seinem usbekischen Amtskollegen Mirsijojew zu einem Meinungsaustausch über Fragen des bilateralen Verhältnisses zusammen.
11.7.2018	Ein Gericht in Chudschand verurteilt den Journalisten und Chef des tadschikischen KWN-Teams (Klub der Lustigen und Findigen, ein schon in der Sowjetzeit beliebter Kabarett-Wettbewerb) wegen Unterschlagung von 124 Tsd. Somoni (13,5 Tsd. US-Dollar), Verleumdung und Unterschlagung von Dokumenten zu einer Freiheitsstrafe von 12 Jahren. Mirsaidow war im Dezember 2017 verhaftet worden, nachdem er lokale Beamte beschuldigt hatte, Mittel aus dem Budget seines Teams veruntreut zu haben.

11.7.2018	Dilowar Gulow, der Sohn des ehemaligen Ministers für Energie und Industrie, Scherali Gul, wird nach zweitägiger Untersuchungshaft unter Ausreiseverbot entlassen. Er hatte am 8.7.2018 bei einer Kontrolle einen Mitarbeiter des Innenministeriums krankenhaushausreif geschlagen. Gulow war bereits im März 2018 wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung verurteilt worden.
12.7.2018	Ein Gericht in Chudschand verurteilt einen 37-jährigen Einwohner von Wachdat (Gebiet Sogd) zu einer 15-jährigen Freiheitsstrafe wegen Mitgliedschaft beim IS und Teilnahme am Syrienkrieg.
16.7.2018	Durch ein erst jetzt veröffentlichtes Protokoll wird bekannt, dass der UN-Menschenrechtsrat bereits am 4.4.2017 die tadschikische Regierung zur Überprüfung des Urteils und Freilassung des Politikers und Unternehmers Said Saidow aufgefordert hat. Der ehemalige Industrieminister war 2013 zu einer 26-jährigen Haftstrafe wegen Vergewaltigung, Polygamie und Korruption verurteilt worden, nachdem er die Gründung einer neuen oppositionellen Partei angekündigt hatte.
16.7.2018	In Reaktion auf die Kritik nationaler und internationaler Organisationen an der Verurteilung Mirsaidows, darunter das regionale Büro der Verwaltung des UN-Hochkommissars für Menschenrechte für Zentralasien, der Sonderbeauftragte der OSZE für die Freiheit der Medien, Harlem Dezir und die Botschaften von Großbritannien, Deutschland, Frankreich und den USA sowie die Vertretung der EU in Tadschikistan, erklärt die Generalstaatsanwaltschaft, dass das Urteil nicht in Zusammenhang mit Mirsaidows journalistischer Tätigkeit stehe und bewertet die Kritik als Behinderung der Justiz. Die Familie Mirsaidows teilt mit, dass sie die 124 Tsd. Somoni, die Mirsaidow unterschlagen haben soll, an die Staatskasse gezahlt hat, betont aber in einer öffentlichen Erklärung, dass es sich dabei um keine Anerkennung seiner Schuld handele.
17.7.2018	Im Autonomen Gebiet Berg-Badachschan (GBAO) findet erstmals ein groß angelegtes, fünftägiges gemeinsames russisch-tadschikisches Manöver statt, meldet die russische Nachrichtenagentur Interfax. Ziel der Übungen ist der Kampf gegen aus dem Ausland eindringende terroristische Gruppen.
17.7.2018	Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft befinden sich aktuell mehr als 450 tadschikische Staatsbürger im Irak, in Syrien und Afghanistan im Gefängnis. 470 Tadschiken seien als IS-Kämpfer gefallen.
19.7.2018	Erst jetzt wird bekannt, dass die Regierung am 21.6.2018 eine Verordnung verabschiedet hat, nach der in allen administrativen Zentren des Landes (Hauptstädte der Gebiete und Bezirke) alle niedrigen Gebäude abgerissen und durch mindestens fünfstöckige Häuser ersetzt werden sollen.
19.7.2018	Safir Alisoda, der Menschenrechtsbeauftragte Tadschikistans, kündigt vor Journalisten eine baldige Antwort der Regierung auf die Forderung der UN-Menschenrechtsrates nach Freilassung des Unternehmers Saidow an. Die Regierung betrachte seine Verurteilung nicht als politisch motiviert. Zuvor hatte bereits Justizminister Rustami Schochimurod erklärt, Saidow könne nur durch eine Amnestie oder ein bewilligtes Gnadengesuch freikommen.
20.7.2018	Nach Angaben der Staatlichen Agentur für Landwirtschaft haben chinesische Agrarunternehmen in diesem Jahr mehr als 18 Tsd. ha Ackerflächen in Tadschikistan gepachtet.
20.7.2018	Nach Angaben der Agentur für Drogenkontrolle wurden in der ersten Jahreshälfte 2018 mehr als 628 kg Drogen beschlagnahmt, davon 5,2 kg Heroin, 309 kg Opium und 90,5 g Haschisch. Seit Gründung der Agentur wurden ca. 20 t beschlagnahmter Drogen verbrannt.
20.7.2018	Wegen eines Konflikts um Weiderechte an der Grenze der von kirgisischem Staatsgebiet umgebenen tadschikischen Exklave Woruch nehmen tadschikische Grenzer kurzfristig zwei ihrer kirgisischen Kollegen und zwei kirgisische Ortsbewohner fest. Sie werden mit einer Entschuldigung freigelassen.

Turkmenistan

25.6.2018	HRW fordert das deutsche Technologieunternehmen Rohde & Schwarz zum wiederholten Mal auf, öffentlich zu machen, ob es Überwachungstechnologien und Serviceleistungen an die turkmenische Regierung verkauft hat oder zu verkaufen beabsichtigt und wie es mit dem Risiko umgehen wird, dass diese von der Regierung für die die Menschenrechte verletzende Kontrolle des Internets und Überwachung von Bürgern verwendet wird.
27.6.2018	Der turkmenische Dienst von RFE/RL meldet, dass ca. zwei Dutzend mit abgelaufenen Pässen aus der Türkei einreisende turkmenische Bürger im Flughafen von Aschgabat verhaftet wurden. Informanten zufolge hatte die Regierung in der Türkei lebenden Bürgern die Erneuerung ihrer Dokumente versprochen. Viele Turkmenen halten sich nach Ablauf ihrer Pässe ohne gültige Papiere in der Türkei auf, da die dortige turkmenische Botschaft keine neuen Pässe ausstellt und sie Strafen bei ihrer Rückkehr in die Heimat befürchten.
28.6.2018	Im neuen Bericht »Trafficking in Persons 2018« des U.S. State Department wird Turkmenistan als eines der 20 Länder mit den größten Problemen im Bereich Menschenhandel und Zwangsarbeit gelistet.
28.6.2018	Der turkmenische Dienst von RFE/RL berichtet, dass die Mindestaltersgrenze, um das Land verlassen zu dürfen, von 30 auf 40 Jahre angehoben wurde.

1.7.2018	In Turkmenistan endet eine einwöchige Sitzung der Arbeitsgruppe der usbekisch-turkmenischen Regierungskommission zu Fragen der Delimitierung und Demarkation der gemeinsamen Staatsgrenze.
2.7.2018	Eine turkmenische Delegation unter Leitung des stellvertretenden Außenministers und Sohn des Präsidenten, Serdar Berdymuchammedow, führt in Wien Gespräche mit Vertretern verschiedener internationaler Organisationen, u. a. der OSCE, UNODC, IAEO und UNIDO.
2.7.2018	Der rumänische Außenminister Teodor Melescanu wird im Außenministerium zu Gesprächen über die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder empfangen.
4.7.2018	Der turkmenische Dienst von RFE/RL meldet, dass vor drei Wochen ca. 25 turkmenische Soldaten bei einer Schießerei mit bewaffneten Gruppierungen an der Grenze zu Afghanistan umgekommen sind.
4.7.2018	Der britische Economist veröffentlicht einen Beitrag, in dem die problematischen Maßnahmen der Regierung gegen die massenhafte Migration von Turkmenen ins Ausland beschrieben werden. Außerdem berichtet die Zeitschrift, dass bei deutschen Banken insgesamt 23 Mrd. US-Dollar aus Turkmenistan lagern sollen, die vermutlich dem Präsidenten und seiner Familie gehören.
9.7.2018	In Aschgabat findet der 5. High-level Political and Security Dialogue zwischen EU und Vertretern der zentralasiatischen Staaten statt.
9.7.2018	Die russische Menschenrechtsorganisation Memorial berichtet, dass in Reaktion auf internationalen Druck Ende Juni zum ersten Mal ca. 30 Inhaftierte des für Menschenrechtsverletzungen bekannten Gefängnisses Owadan Depe für 40 Minuten Familienangehörige sehen und sprechen durften.
10.7.2018	Der turkmenische Dienst von RFE/RL berichtet von einem massiven Fleischdefizit in Geschäften und auf Märkten Aschgabats. In der Vorwoche habe es an manchen Verkaufspunkten gar kein Fleisch gegeben, an anderen nur geringe Mengen von meist schlechter Qualität.
10.7.2018	Eine turkmenische Delegation unter Leitung des stellvertretenden Bildungsministers Merdan Gowschudow stellt bei einer Anhörung des UN-Komitees zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen in Genf den Bericht zur Umsetzung der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung von Frauen (CEDAW) vor.
16.7.2018	Der turkmenische Dienst von RFE/RL berichtet, dass der Verkauf von Alkohol in Turkmenistan verboten wurde und die Polizei Alkohol in Geschäften in Aschgabat konfisziert. Die Kontrollen haben bereits am 5.7.2018 nach Verabschiedung des »Nationalen Programm zur Verhinderung der schädlichen Wirkungen des Alkohols 2018–2024« begonnen.
19.7.2018	Die Website des Außenministeriums berichtet, dass der stellvertretende Außenminister Serdar Berdymuchammedow in New York mit UN-Generalsekretär Antonio Guterres zusammengetroffen ist.

Usbekistan

25.6.2018	Nach Angaben der Regierungszeitung Chalk sozi sind seit der Freischaltung der Virtuellen Sprechstunde des Präsidenten im September 2016 mehr als 2 Mio. Mails auf der Website eingegangen, von denen 97 % bearbeitet wurden.
25.6.2018	In Taschkent nehmen sechs aus Mitarbeitern des Innenministeriums, des Komitees für staatliche Sicherheit und des Staatlichen Zollkomitees neu gebildete mobile Gruppen die Arbeit auf. Sie sollen an der Grenze zu Afghanistan im Kampf gegen Drogenhändler eingesetzt werden.
26.6.2018	Der Aufsichtsrat der Asian Development Bank (ADB) billigt einen 300 US-Dollar Kredit zur Unterstützung der Wirtschafts- und Finanzpolitik.
26.6.2018	Der am 20.6.2018 neu ernannte Minister für Volksbildung, Schersod Schermatow, entlässt die Führungsspitzen aller Verwaltungen und Abteilungen seines Ministeriums. Eine ähnlich durchschlagende Erneuerung der Kader hatte zuvor nur im Dezember 2017 im Finanzministerium stattgefunden.
26.6.2018	Die Vorsitzenden der Obersten Gerichte Usbekistans und Russlands, Kosimdschan Kamilow und Wjatschlaw Lebedjew, unterzeichnen bei einem Treffen in Moskau eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit der höchsten juristischen Instanzen beider Staaten.
26.6.2018	Anlässlich des Internationalen Tages gegen Drogenmissbrauch werden in Taschkent 1,6 t im Laufe des Jahres beschlagnahmter Drogen verbrannt, darunter 15,6 kg Heroin und 1 t Opium.
27.6.2018	Bei einer Massenschlägerei zwischen Arbeitsmigranten aus Usbekistan und Tadschikistan auf einer Baustelle im Norden von Sankt Petersburg werden ein Tadschike schwer und ca. 40 Menschen leicht verletzt.
28.6.2018	Der Senat billigt das »Gesetz gegen Extremismus«, das das Unterhaus des Parlamentes am 12.6. angenommen hatte. Das Gesetz definiert Eckfeiler des Antiterrorkampfes.

29.6.2018	In Taschkent finden Konsultationen der Sicherheitsräte Usbekistans und Kasachstans statt, bei denen über die Weiterentwicklung der bilateralen Zusammenarbeit beraten wird.
1.7.2018	In Turkmenistan endet eine einwöchige Sitzung der Arbeitsgruppe der usbekisch-turkmenischen Regierungskommission zu Fragen der Delimitierung und Demarkation der gemeinsamen Staatsgrenze.
2.7.2018	Präsident Schawkat Mirsijojew unterzeichnet einen Erlass über die Erhöhung der Gehälter von Staatsbediensteten und von Renten und Stipendien um durchschnittlich 7 % ab 15.7.2018.
4.7.2018	Ein Gericht in Karschi (Gebiet Kaschkadarja) verurteilt den US-Bürger Sokir Alijew zu einer Strafe von 67 US-Dollar wegen Mitgliedschaft in der Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU) im Jahr 2000. Der seit 25 Jahren in den USA lebende Mann war kurz nach der Ankunft in seiner alten Heimat am 16.6.2018 verhaftet worden und unter der Auflage, dass Land bis zu seinem Prozess nicht zu verlassen, zwei Tage später freigekommen.
6.7.2018	Präsident Mirsijojew unterzeichnet eine Verordnung, mit der 200 Mrd. Sum (ca. 26 Mio. US-Dollar) aus dem Staatsbudget für die Schaffung eines Fonds zur Unterstützung von im Ausland arbeitenden Bürgern bereitgestellt werden. Der Fonds soll mittellose usbekische Staatsbürger juristisch und materiell unterstützen, die Kosten für den Heimflug Ausgewiesener übernehmen, aber auch Russischsprachkurse finanzieren.
6.7.2018	Auf Einladung des kasachstanischen Präsidenten Nursultan Nasarabajew nimmt Präsident Mirsijojew gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus Kirgistan und Tadschikistan, Sooronbaj Dscheenbekow und Emomali Rachmon, an der Eröffnung des Internationalen Finanzzentrums Astana und den Feiern anlässlich des 20. Geburtstages der kasachstanischen Hauptstadt Astana teil. Am Rande der Veranstaltung trifft Mirsijojew mit seinem tadschikischen Amtskollegen Rachmon zu einem Meinungsaustausch über Fragen des bilateralen Verhältnisses zusammen.
8.7.2018	Außenminister Abdulasis Kamilow wird in Kabul vom afghanischen Präsidenten Mohammad Ashraf Ghani zu Gesprächen über den Stand der Implementierung gemeinsamer Investitions-, Wirtschafts- und Transportprojekte und die Lage in Afghanistan empfangen. Außenhandelsminister Jamschid Chodschajew führt Gespräche mit dem afghanischen Minister für Handel und Industrie, Humyoon Rasaw, u. a. über grenzüberschreitenden Handel und verbesserte Transitbedingungen sowie die Senkung von Zöllen.
9.7.2018	Das Staatliche Steuerkomitee tauscht die Chefs von fünf seiner insgesamt 14 Regionalverwaltungen aus.
9.7.2018	Ein Gericht in Taschkent verurteilt fünf wegen Mitgliedschaft in der verbotenen islamistischen Hisb ut-Tahrir Angeklagte zu Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren.
11.7.2018	Der Pressedienst des Präsidenten teilt mit, dass zwischen Usbekistan und der russischen ROSATOM eine Vereinbarung über den Bau eines Atomkraftwerkes mit zwei Einheiten mit einer Kapazität von je 1.200 MW getroffen wurde. Die Inbetriebnahme ist für 2028 geplant.
11.7.2018	Der deutsche Staatsbürger Karsten Heinz wird von Präsident Mirsijojew zum stellvertretenden Minister für innovative Entwicklung ernannt.
12.7.2018	Der Gouverneur des Gebietes Samarkand, Turobdschon Dschurajew, wurde am 10.7. seines Amtes enthoben und unter Korruptionsverdacht verhaftet, melden mehrere Medien.
13.7.2018	Präsident Mirsijojew empfängt eine Delegation der Weltbank unter Leitung ihres Vize-Präsidenten für Europa und Zentralasien, Cyril Muller, zu Gesprächen über Möglichkeiten der Intensivierung der Zusammenarbeit. Muller wird auch mit Vertretern der Regierung und beider Kammern des Parlamentes zusammentreffen.
13.7.2018	Fergananews berichtet unter Berufung auf die russische Zeitung Moskovskij Komsomlez, dass sich der 21-jährige usbekische Staatsbürger Marufdschon Schakarow, der von einem Moskauer Gericht wegen versuchtem Drogenhandel zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt worden war, seit mehr als einem Monat im Hungerstreik befindet, um eine Freilassung und Rehabilitierung zu erwirken.
15.7.2018	Der frühere Chefredakteur der Zeitung Erk und Bruder des Führers der oppositionellen Volksbewegung Usbekistans, Muchammad Salilh, Muchammad Bekschan, hat ein Ausreisevisum erhalten und konnte zu einem Besuch seiner Familie in die USA ausreisen. Bekschan war 2017 nach 18-jähriger Haft wegen Angriffs auf die verfassungsmäßige Ordnung und Mitgliedschaft in einer verbotenen Vereinigung freigekommen und kämpft noch um seine Registrierung, Pension u. ä.
15.7.2018	Ab sofort können ausländische Staatsbürger ihr für einen touristischen Usbekistanaufenthalt notwendiges Visum online unter < https://e-visa.gov.uz > beantragen.
15.7.2018	Im kirgisischen Osch enden mehrtägige Verhandlungen der Arbeitsgruppen zur Delimitierung und Demarkation der usbekisch-kirgisischen Grenze. Nach Angaben des Außenministeriums wurde eine Einigung über Grenzabschnitte in den Gebieten Namangan und Fergana (Batken und Dschalalabad) erzielt.
16.7.2018	Premierminister Abdulla Aripow erörtert bei einem Treffen in Fergana mit seinem tadschikischen Kollegen Kochir Rasulsoda Fragen des bilateralen Verhältnisses.

16.7.2018	Der EU-Ministerrat billigt die Direktiven für die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und die Europäische Kommission für die Verhandlungen über ein Enhanced Partnership and Cooperation Agreement (AEPC) mit Usbekistan. Die Vereinbarung soll Themen wie politischen Dialog, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte wie auch die Schaffung guter Investitionsbedingungen und den gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus umfassen.
18.7.2018	Nach Angaben des afghanischen Nachrichtenkanals TOLO News haben Anhänger von General Abdul Raschid Dustum den einzigen offiziellen Grenzübergang zwischen Usbekistan und Afghanistan, Chairaton, blockiert, um die Rückkehr des seit 14 Monaten in der Türkei lebenden stellvertretenden Präsidenten nach Afghanistan zu erzwingen.
18.7.2018	In Taschkent findet ein Treffen des UNICEF-Regionaldirektors für Europa und Zentralasien, Afshan Khan, mit den stellvertretenden Premierministern Tansila Nasarbajewa und Asis Abduchakimow sowie den Ministern für Gesundheit, Volksbildung, Vorschulbildung und Beschäftigung und Arbeit, Alischer Schadmanow, Schersod Schematow, Agrippina Schin und Schwesod Kudbijew, zum Stand der Realisierung des UNICEF-Landesprogrammes 2016–2020 und Perspektiven der Zusammenarbeit statt.
19.7.2018	Mit Unterzeichnung eines Ukases durch Präsident Mirsijojew wird eine Agentur für Entwicklung der Atomenergie (Uzatom) neu geschaffen.
20.7.2018	Laut einem Bericht des Fernsehsenders Usbekistan 24 wurde der der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verdächtige Usbeke Sakir Rachimow in einer Sonderoperation des Dienstes für nationale Sicherheit von Istanbul nach Usbekistan gebracht. Rachimow hatte Usbekistan bereits 1999 verlassen und war in islamistischen Gruppen in Tadschikistan, Iran, Pakistan und zuletzt der Türkei aktiv.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Dr. Beate Eschment (verantwortlich)
 Redaktionsassistentz: Ann-Sophie Gast
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
 Prof. Dr. Martin Petrick, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de



Kostenlose Länder-Analysen auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

